

Achtung, heute Zuchthaus Leuna in Wort und Bild!

# Volkskampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Abonnementpreis beträgt pro Quartal 2,00 Mark, halbjährlich 4,00 Mark, jährlich 8,00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Druck: Druckerei-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, 60555 Halle, Vertriebsstraße 14.

Abonnementpreis: 12 Goldmarken, 6 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Druck: Druckerei-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, 60555 Halle, Vertriebsstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 19. Januar 1926

6. Jahrgang Nr. 15

## Das Volksbegehren eingeleitet

**APD. nach wie vor bereit zum einheitlichen Vorgehen mit SPD. und ADGB, aber nur auf der Grundlage entschädigungsloser Fürsteneinteilung**

### Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens überreicht

Berlin, 19. Januar. Vom Ausschuss für entschädigungslose Entziehung der Fürsten wird uns mitgeteilt:

Am heutigen Nachmittag sprachen für den Ausschuss für Durchführung des Volksentscheides der Vertreter der APD., der Deutschen Liga für Menschenrechte, des Reichsbundes deutscher Kleinbauern, des AVB., der Gewerkschaft proletarischer Freiberufler, des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit sowie der Internationalen Arbeiterhilfe beim zukünftigen Reichstheater im Reichsministerium des Innern, Geheimrat Keffenberg, vor. Sie überreichten dem Ministerium den Zulassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für völlige Entziehung der Fürsten und legten einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Gleichzeitig übergaben sie dem Ministerium die beglaubigten Unterschriften von über 9000 Wahlberechtigten aus verschiedenen Stadtteilen Berlins. Weitere Listen mit über 20000 Unterschriften liegen zur Bekräftigung dem Wahlamt in Potsdam noch vor. Die Vertreter der antragstellenden Organisationen brachten im Ministerium zum Ausdruck, daß ihnen an einer möglichst beschleunigten Einleitung des Volksentscheides gelegen sei. Die kürzeste Frist zwischen Einreichung des Antrages auf Einleitung des Volksbegehrens und Auslegung der Einzelungelassen bei den Gemeinden beträgt 14 Tage.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. Januar.

Das Pol-Bureau des ZK. der APD. veröffentlicht unter dem Titel „Keine Durchkreuzung“ einen Artikel zur heutigen Tagung des Parteiausschusses der SPD. in der „Roten Fahne“. In diesem heißt es u. a.: „Die Kommunistische Partei erklärt aber auch gleichzeitig, daß sie jederzeit bereit ist, mit der SPD. über eine gemeinsame Aktion zu verhandeln und auch einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Volksabstimmung einzubringen. Nur eine Bedingung muß eingehalten werden:

Niemals kann die Arbeiterklasse ihre Hand dazu geben, den davongeezten Fürsten auch nur ein Weniges von dem bereits gestohlenen und ins Ausland geschafften Gut zu liefern. Jede Partei, die das tut, ist nicht Vertreterin der Werktätigen, sondern ein Anwalt der Fürsten.

Was eine Verständigung über diese Frage im Sinne der entschädigungslosen Entziehung getroffen ist, bleibt der von der APD. und den anderen Organisationen bereits eingebrachte Gesetzentwurf bestehen.“

Seit Monaten ist die Frage des entschädigungslosen Entziehens der Fürsten ins Rollen gekommen. Seit Wochen hat sich der Ausschuss für den Volksentscheid für entschädigungslose Entziehung der Fürsten gebildet, dem außer der APD. eine ganze Reihe namhafter Organisationen, vor allem Arbeiterorganisationen, die mit der APD. nichts zu tun haben, beigetreten sind. Kein Mittel ist unversucht geblieben worden, um das Reichsbanner, um die SPD., um den ADGB, um sie bewegen, sich an diesem vorbereitenden Ausschuss zu beteiligen. Jedes Angebot wurde förmlich abgelehnt. Der Ausschuss mußte handeln, wollte er nicht unter den Schlitzen kommen. Der Gesetzentwurf auf entschädigungslose Entziehung der Fürsten ist dem Reichsinnenministerium eingereicht worden und damit ist die erste Phase des Volksentscheides eröffnet worden. Das Vorgehen unserer Partei, das Vorgehen des Ausschusses für die entschädigungslose Entziehung der Fürsten hat im gesamten Reich den größten Widerhall gefunden. Ein großer Teil der Provinzpresse der SPD. hat sich den Forderungen des Ausschusses angeschlossen und gleichfalls der Entziehung der Fürsten eine entschiedene Rechnung tragen, gefordert, daß durch Volksentscheid eine entschädigungslose Entziehung der Fürsten durchgeführt würde.

Der SPD.-Vorstand ist jetzt plötzlich auch für den Volksentscheid. Aber — und das ist der Hauptgrund — der SPD.-Vorstand — er tritt dafür ein, daß den Fürsten eine Rente gegeben wird. Jeder Mensch weiß, daß die denogestankenen Fürsten ihre anscheinlich Vermögen haben, weiß, daß durch eine entschädigungslose Entziehung diese anscheinlichen Vermögen nicht mit Beflagnahme werden können, daß also die Fürsten, selbst wenn ihnen durch die entschädigungslose Entziehung auch gewisse Vermögen genommen wird, sie selber immer noch sehr vermögend und reich sein werden. Trotzdem tritt die SPD. dafür ein, daß den Fürsten dazu noch eine Rente gewährt werden soll. — Mit einer Heugelie! sondern gleichen behältig die getrige „Vorwärts“ die APD. der Quartiererei und es schreibt:

„Wahrscheinlich ist die Frage der Sache an... Dabei dachte sie keinen Augenblick an den lastigen Erfolg. Wenn es ihr ge-

lang, sich einem gedankenlosen Publikum (also das sind die SPD.-Arbeiter. Die Reib.) als besonders eifrige Vorkämpferin gegen die Fürsten zu empfehlen, und die Sozialdemokraten als Fürstennächste zu entlarven, so hatte sie alles, was sie brauchte.“

So und ähnlich geht das geradezu dumme Geschwätz weiter. Wir brauchen uns nicht gegen Vorwürfe wegen Sabotage und Verräterei zu rechtfertigen. Jeder Mensch weiß, wo in dieser Frage die Quartiererei und Sabotage liegen. Nicht die SPD., sondern die APD. hat die Initiative in dieser Frage ergriffen, und die SPD. kommt fünf Minuten nach 12, nachdem man sie tausendmal in dieser Frage informiert und sie um ihre Mitwirkung gebeten hat. Gegenüber dieser Quartiererei und Sabotagegelehrden des „Vorwärts“ ist sich angenehm ab, die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ von gestern. Sie schreibt:

Wenn der Volksentscheid irgendeine Aussicht auf Erfolg haben soll, dann gilt als erste Voraussetzung, daß nur ein Einigkeit oder Gesehenswert zur Abstimmung gelangt. In Berlin hat sich im Laufe eines Ausganges zur Durchführung des Volksentscheides gebildet, der unter der Leitung Keffenbergs, des bekannten Volksrechtlers, steht. Diesem Ausschuss sit neben der kommunistischen Partei eine Anzahl anderer kleinerer Organisationen angeschlossen. Er überreichte am 18. Januar der geleiteten Presse einen Entwurf über ein Gesetz zur Entziehung der Fürstentümer, der zum Gegenstand des Volksentscheides gemacht werden soll. Wir ehren die Initiative, die von diesen Kreisen entworfen wurde und halten gern, daß sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand selber entschließen sollte. Trotzdem muß im Interesse des Gelingen dieser Aktion gefordert werden, daß eine Verständigung zustande kommt. Beide Organisationen haben das größte Interesse daran, daß keine Stimmen zerstreut werden. Wir hoffen demzufolge, daß die erforderliche Verständigung so rasch über den Gegenstand, als auch über die Aktion der Volksabstimmung zustande kommt.

Wir sind durchaus mit der „Leipziger Volkszeitung“ einverstanden. Wir werden auch weiterhin in dieser Frage mit der „Leipziger Volkszeitung“ einverstanden sein, wenn sie in ihrer Partei voranzutreiben, daß die SPD. seinen zweiten Gesetzentwurf einbringt. Die an der Spitze stehende Werbung besagt deutlich, wie die Stellung des Ausschusses in der Frage der entschädigungslosen Entziehung der Fürsten denkt und handeln wird, und bis zu welchem Punkt sie sich auf Verhandlungen einläßt. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen es in ihrer Partei mit allen Mitteln zu erreichen wissen, daß die SPD. den Volksentscheid nicht durchkreuzt durch einen eigenen Gesetzentwurf. Wir hoffen, daß es den Verhandlungen gelingt, zusammen mit dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter, daß ein zweiter Gesetzentwurf durch die SPD. nicht eingebracht wird und dadurch eine Zerstückelung d. h. eine schwere Schädigung des ganzen Volksentscheides verhindert wird.

### Weitere Zuspitzung der Regierungskrise

Während am Sonnabendabend, wie wir bereits gestern gemeldet haben, die Ministerliste so gut wie fertig war, hat sich im Laufe des gestrigen Tages die Regierungskrise erneut zuspitzigt. Die Bayerische Volkspartei, die gestern mittig zu einer Fraktionierung zusammengetreten war, gab bekannt, daß sie sich nicht an einem Kabinett beteiligen könne, an dem der Demokrat Koch das Reichsinnenministerium inne habe. Dieser Befehl wird damit begründet, daß die Gefahr bestehe, daß der harmlose Demokrat Koch zu wenig den Wünschen Bayerns Rechnung tragen würde.

Zusätzlich haben neue Verhandlungen statt gefunden innerhalb der demokratischen und der Zentrumskräfte. Die demokratische Reichstagsfraktion gab gestern noch folgendes Bescheid heraus:

Die demokratische Reichstagsfraktion ist nicht gewillt, infolge des Eintrages der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Besetzung des Innenministeriums zu verzichten.

Durch diese neuen Beschlüsse, der Bayerischen Volkspartei einverleibt und der Demokraten andererseits hat die Regierungslage eine weitere Verschärfung erfahren. Zur Stunde steht noch nicht fest, wie sich das Zentrum stellen wird, ob es in der Frage der Regierungsbildung mehr zu seiner bayerischen Bruderpartei oder mehr zu den Demokraten hinstreift.

Der „Vorwärts“, der am Sonnabend nach der Regierung Luther eine polemiere Brille gebot hat, steht über Nacht ein verächtliches Reichstagskabinett entziehen und ruff deshalb noch der Reichstagsauflösung. Seine Parolen wecheln von Tag zu Tag. „Ein in die Kartell, raus aus die Kartell!“ Das ist selbstverständlich, daß die Kommunisten alles tun werden, damit es zur Reichstagsauflösung kommt. Doch ist das Geschrei des „Vorwärts“, der am Sonnabend für eine Unterbrechung des Kabinetts und am Montag für eine Reichstagsauflösung zu haben ist, noch weniger ernst zu bewerten, als dasjenige Geschrei, das man vor Monaten anstellte, daß als man noch heilig war, nicht die Reichstagsauflösung für die Deutschen sein zu wollen und darum den Reichstag aufzulösen. Die Frage der Reichstagsauflösung wird durch die Arbeiterklasse selbst erzeugen werden.

## Rationalisierung der Industrie

Wir dürfen uns aber durch diese Erscheinung (geringere abnehmendes Defizit in der Handelsbilanz) nicht zu der Ansicht verleiten lassen, daß die Schlichtung einer Notlage entgegensteht. Die Schlichtung werden nicht so bald abnehmen.“

„Wir kommen selbstverständlich vorübergehend an einer Parteinahme der Arbeiterklasse nicht vorbei.“ (Aus der jüngst veröffentlichten Programmchrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.)

Sogar nach Meinung der deutschen Großindustriellen werden die Massenarbeitslosigkeit, die Betriebs- und Produktionsbeschränkungen notwendig Dauererscheinung des deutschen Kapitalismus sein, während der nächsten Monate sich aber noch verstärken als abnehmen. Das ist ein Programm in einem in jener Schrift des Reichsverbandes, der nicht mehr eine Forderung ist, sondern nur ausspricht, was jetzt bereits das deutsche Großkapital durchführt. Demgegenüber fordern die Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführer stärkere Rationalisierung der Produktion, um dadurch die Krisenerscheinungen des deutschen Kapitalismus überwinden zu können. Diese „Rationalisierung“ von den Industriellen durchgeführt, geht nicht nur völlig auf Kosten der Arbeiterklasse (Arbeitslosigkeit usw.), sie kann auch die Krisenerscheinungen des deutschen Kapitalismus nicht beseitigen, was von den Industriellen selbst in ihrer Programmchrift richtig bargelegt wird.

### Die Rationalisierungsmaßnahmen der Großindustriellen

Die Kapitalnot und Absatznot in den meisten Industriezweigen führen die Industriellen zu den verschiedensten Maßnahmen, um die vorhandenen Profite durch vergrößerte Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erhöhen. Dies ist direkt möglich durch Verlängerung der Arbeitszeit, stärkere Arbeitsintensität usw., was auch durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Das soll durch die Rationalisierung der Produktion erreicht werden. Sie bedeutet höchste Disziplin und Reduzierung („das tauende Band“) Arbeitslosigkeit, verstärkte Anwendung von Bearbeitungsanlagen (...). Durch diese Rationalisierung sollen die Produktionskosten gesenkt werden, um so, auch bei eventuellen Preisbeschränkungen, die Profite zu erhöhen.

Eine derartige Rationalisierung der kapitalistischen Produktion steht stets in Wechselbeziehung mit verstärkter Krisenerregung. Denn die Rationalisierung — die Anwendung neuer, besserer Maschinen und Produktionsanlagen, neues, intensiveres Personal — führt zu höheren Kosten der Produktion, was wiederum zu höheren Preisen führt. Die zunehmende Umwälzung des Rohstoffverbrauches auf Wasserstoff, Braunkohle, Erdöl und deren rationellere Auswertung, senkt den Wert der Steinkohle, fördert die Profite der Kohlenindustriellen ein. Statt die Förderungsmaßnahmen zu haben, überlassen die Kohlenindustriellen infolgedessen die Förderung ein, entfallen über 7000 Bergarbeiter. Die billigsten Werte, die auf die Straße geworfenen Arbeiter sind die Opfer dieser „Rationalisierung“ (wobei für die Betriebe des Ruhrgebietes noch andere Ursachen mitzuspelen).

Die Rationalisierungsversuche in fast sämtlichen Industrien Deutschlands haben nicht die gewünschten Resultate, von der Entwicklung überholter Betriebe, gewaltige Kapitalwertungen in fast sämtlichen Industrien, gesteigerte Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiterklasse.

Wenn lediglich diese Rationalisierungsversuche die jetzigen Krisenerscheinungen herbeiführen könnten, so wäre die jetzige Krise tatsächlich eine „Geldmangelkrise“ für den deutschen Kapitalismus.

Das Ergebnis wäre eine erhebliche Senkung der Produktionskosten, verstärkte Konkurrenzfähigkeit und gemäßigtere Profite, der Antrieb für neue Ausbeutung der Produktion und eine aufsteigende Konjunktur. Die jetzigen Krisenerscheinungen sind aber nicht eine Folge der Rationalisierungsversuche, sondern umgekehrt: diese Rationalisierungsversuche haben vielmehr erst nach längerem Bestehen der Krisenerscheinungen als deren Folge eingeleitet. Dies beweist schon, daß die schweren Krisenerscheinungen auf anderen Ursachen beruhen: Mangel an Weltkapital, Export- und Weltmarktverengung, von allem Weltmarktverengung, die die Dames-Schwerbelastung.

### Grenzen der Rationalisierung

Zu der Umwälzung der Industrie auf rationellere Produktionsmethoden sind große, jedoch nicht vorhandene Kapitalien nötig. Die Rationalisierung ist in erster Linie eine Geldfrage, heißt der Reichsverband der Deutschen Industrie. Deswegen der Schrei nach den Auslandskrediten. Es sind auch bereits rund 5 Milliarden GWL. Auslandskredite, vor allem aus Amerika, herabgefordert. Das sind rund 30 Prozent des deutschen Sparkapitals in der Vorkriegszeit. Diese Auslandskredite erfordern aber eine mehr als doppelt so hohe Verzinsung, als die Sparkapitalien in der Vorkriegszeit erzielten; mindestens rund 40 bis 50 Millionen GWL. jährlich für die jetzige Verzinsung. Schon die hohen Zinssätze schränken die Aufnahmebereitschaft von Auslandskrediten ein.

Vor allem aber wird die Kreditaufnahmebereitschaft der deutschen Industriellen durch die Absatznot eingeschränkt. Diese ist nicht nur eine Folge der Kreditnot, sondern auch eine Folge des eingeschränkten Inlands- und Auslandabsatzes, die erst wiederum die Kreditnotvermeidung bedingt. Die Industriellen hatten gehofft, dank hoher Profite und Kartellpreise im Inlande den Export durch niedrige Dumpingpreise steigern zu können. Der im Verhältnis zum Vorkriegsstand erhöhte Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln, die geringeren Zahlungsverpflichtungen an das Auslandskapital, machen eine Steigerung des Warenexports um mindestens 60 bis 70 Prozent über dem Vorkriegsstand notwendig. Im November dieses Jahres



wurde aber immer noch nicht der Vorkriegsstand erreicht. Dies trotz der deutschen Dumpingkonkurrenz. Das Auslandskapital verbindet eine Lebensversicherung mit deutschen Waren im Interesse der eigenen Industrie, und die „Erhöhung“ des russischen Absatzmarktes wird den deutschen Industriellen nicht gelingen. Die russische Industrie erhebt die Forderung der Produktionskapazität, aber auch des Importbegriffs an Rohstoffen um. Bedeutend. Eine entsprechende Absicherung deutscher Industriemärkte ist aber nicht zu erwarten.

„Das zeigt sich bei der deutschen Eisenproduzierenden Industrie. Die russischen Eisenwerke sind moderner und arbeiten billiger als die meisten ihrer europäischen Rivalen, vor allem in England. Trotzdem konnten die deutschen Eisenindustriellen ihre Absatzmärkte in Eisen und Stahl noch nicht auf Vorkriegsniveau steigern. So wurden im Eisenland 4. B. von 29 Millionen 21 Millionen. Von 21 Millionen in Deutschland sind nur 18 in Betrieb. Diese Abnahme bedingt die Realisierung der hohen Preise, die Bezahlung hoher Zinsen und die Kreditaufnahmefähigkeit des deutschen Kapitals. Die Rationalisierung der deutschen Industrie führt nicht zu dem allgemeinen Aufschwung des deutschen Kapitalismus. Lediglich die Eisenindustrie in einzelnen Schmelzwerken und „Nationalisierung“, aber bei zahlreichen Betriebsstilllegungen, Produktionsbeschränkungen; Maschinenleistung ist deswegen geringfügig zu erwarten. Diese Betriebsstilllegungen, Arbeitsentlassungen werden auf weite Sicht durchgeführt, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie ausdrücklich erklärt: „Wir (die deutschen Industriellen) müssen bei der Rationalisierung ... entsprechend dem veränderten Arbeitsbedarf und verengten Absatzmarkt einschreiten.“

„Wir können uns nicht der Aufgabe verschließen, daß auch unser Produktionsapparat einem Einschränkungsprozeß unterworfen werden muß.“ (Aus der Programmrede des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.)

„Der Produktionsapparat soll eingeschränkt werden, doch mit dem veränderten Bedarf der vermehrten Produktion und erhöhter Abschreibung die Güterezeugung verbilligt werden kann.“ Diese „Rationalisierung“ der Produktion wird nicht in entsprechenden Verhältnissen zu den Leistungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Industrie werden sich ausdrücken gegen die Kurzarbeit. Da die Abschaffung der Kurzarbeit nicht beibehalten werden kann, sollen zahlreiche Betriebe ganzlich stillgelegt werden, und in den übrigen Betrieben soll bei voller Arbeitszeit oder gar Überarbeit und bei möglicher Zeitverlängerung und Beschleunigung der Produktionsmethoden die Produktionskapazität voll ausgenutzt werden. Diese Betriebsstilllegungen werden im kapitalistischen Konkurrenzkampf den schwächeren Unternehmen aufzuwiegen.

In der Großindustrie aber verdrängen die Kartelle und Syndikate die Konkurrenz. Die ersten russischen Kartelle, Verschmelzungen von Industrieunternehmen, um gemeinsam einen Teil der Betriebe ganzlich stillzulegen. So wird die erste Maßnahme des in Bildung begriffenen neuen Ausdrucks (Stahl-Eisen-Union, Thyssen, Thyssen, Rheinland) die gänzliche Stilllegung einer Reihe von Eisenwerken und Verschiebung der Produktion in den rentabelsten Werken sein. Ähnliche Maßnahmen ergreifen die übrigen Konzerne und Industriellen vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Automobilindustrie, der Werftindustrie, der Zementindustrie, dem Holz- und Kohlenbergwerk und in zahlreichen Zweigen der eisenerzeugenden Industrie.

### Die Nationalisierung und die Arbeiterfrage

Die jetzt von den Industriellen durchgeführte „Nationalisierung“ der Produktion besteht also zunächst in zahlreichen Betriebsstilllegungen, Produktionsbeschränkungen, teilweise bei geheimer Produktion in den Werken, die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht erkennen, daß teilweise mit Hilfe der Arbeitsbeschneidung, nach Zusammenbrüchen und Sanierungen jährlicher Konzerne und Vererbungen des Aktienkapitals, was meist gleichbedeutend mit Aneignung der Entwertung der bestehenden Produktionsanlagen durch die Arbeiter und Arbeiterinnen ist, die die Produktion stillsetzt, dadurch auch teilweise die Arbeitslosigkeit gelindert werden kann.

„Hilft das aber der Arbeiterfrage?“

Die durch die Nationalisierung ermöglichte erweiterte Mehrprodukt wird den beteiligten Arbeitern nicht zufließen. Die Dames-Steneren und die nicht geringen Kräfteanstrengungen des deutschen Großkapitals, die Lohnherabsetzungen werden von den deutschen Industriellen verweigert. Lohnherabsetzungen sind an der Tagesordnung. Für die sozialdemokratischen Parteien und internationalen Organisationen, die Nationalisierungsmaßnahmen der Industriellen „der einzige Ausweg“ aus der Arbeiterfrage. Nun: das Kennzeichen dieser Nationalisierung ist das Millionenheer von Arbeitslosen, durch die der Lohndruck auf die noch in Arbeit stehenden Arbeiter verflärt und deren Arbeitszeit verlängert werden kann.

Werden dann aber nicht die noch arbeitenden Beschäftigten zusammen mit den Millionen Arbeitslosen sich dagegen wehren? Deswegen soll ein Arbeitsbeschneidung eingesetzt werden: „Er müßte aber in der Lage sein, jeden Arbeiter in der Zukunft umzubringen.“ (Aus der Rede des Reichsverbandes der Deutschen Bergwerksbesitzer vom 6. d. M., ähnliche Ausführungen in beinahe jeder Nummer.)

Es gibt aber auch die Möglichkeit, ohne die deutschen Großindustriellen, ohne das Massenland, die industrielle Produktion zu nationalisieren; ohne zunächst jene unannehmbaren Zustände zu wiederholen, die in den letzten Jahren der Weltwirtschaft die Sozialisierung der Großindustrie wurde es mit einem Schlage ermöglichen, in größtmöglicher Weise die Produktion zu spezifizieren, die geringsten Standorte auszunutzen, den verwerflichen Konkurrenzkampf zu vermeiden, den verwerflichen Konkurrenzkampf zu vermeiden, die Kapitalistischer Konkurrenzsanaktion zu beseitigen. Dann könnte die Produktion der Automobilindustrie, die erste Voraussetzung für eine billige Massenproduktion, sofort reichhaltig durchgeführt werden. Zu allen diesen Maßnahmen wären nicht einmal erhebliche Neuzustellungen notwendig. Es müßte „nur“ die kapitalistische Produktionsweise durch Zwangsregulierung der Wirtschaft beseitigt werden. Die Profite des deutschen und ausländischen Großkapitals würden wegschallen, die Produktion auf den Massenbedarf eingestellt werden, und die Exportmöglichkeiten zur Beschaffung der notwendigen Rohstoffe und Lebensmittelmittel. — Ein sozialistischer Arbeiterkampf würde das weite soziale Maßnahmegebiet zu einer „erschaffen“ können, den Warenzustand organisieren können. Hier liegt die wirkliche, die proletarische Überwindung der Arbeiterfrage.

### Locarno und Böhme

#### Die Furcht vor den Kommunisten

Dem Reichswart vom 26. Dezember 1925 Nr. 52 entnehmen wir nachfolgende Aussagen, enthalten in einem Briefe: „Die nationale Partei“ von Edmund Fris Rappes-Halle, Bundesführer des Böhmer.

„Schon haben die Kommunisten durch ihren Kampf gegen Locarno eine nationale Note bekommen. Groß ist die Gefahr, daß die entstehenden Massenmühen ihren Widerstand, zu den Kommunisten zu gehen, lassen sollen und daß auch die Furcht vor der nationalen Seite sich verhindern lassen. Die Kommunisten sind zu dem Zweck und damit eine bessere Sicherung dieser Richtung bringen können, aber dabei im Augenblick zu erkennen, daß sie von einer Enttäuschung zur anderen wandern würden. Nationale und völkische Organisationen müssen darum die Stunde erkennen und hier tatkräftig eingreifen. Wichtige Errungnisse und Errungnisse von all denjenigen, die ein Konzern mit dem Ziel verbinden, den Finanzkapital mollen, Lösung von allen Kräfte, auch wenn sie von schwarzweißen Einflüssen sprechen, die sozialistisch verneint sind, denn der Trennungspunkt, der durch die das deutsche Land bewohnende Bevölkerung geht, ist gar kein Zweifel, sondern ein Übergang. Darum Kampf der Vorherrschend des Geldkapitals, Kampf der Aristokratie in allen Lagern und heraus mit der Partei.“

#### Der Kampf um Deutschlands Freiheit ist zugleich der Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

## Die ausgebliebenen Locarno-Nachwirkungen

Der Geist von Locarno ist zwar in vielen Kreisen und Beiträgen gefestigt worden, aber jene rechtlichen Ausrichtungen zugunsten Deutschlands sind bisher mäßig. Die Erfüllung der ersten Rheinlandzone soll spätestens bis zum 20. Februar erfolgen. Es ist auffällig, daß bisher noch kein Teil der ersten Zone von den Besatzungstruppen verlassen worden ist, aber warten wir ab, was der Februar bringt. Die zweite Rheinlandzone ist bereits die deutsche Entschädigung über die künftigen Verhältnisse in der zweiten und dritten Rheinlandzone. In den Locarno-Verhandlungen hatte die Entente zugestanden, daß künftig im Rheinland die fremde Besatzung nicht stärker sein sollte als die deutschen Friedensgarantien des besetzten Gebietes. Das wären 45 000 Soldaten. Nun haben aber die Entente-Regierungen beschlossen, auch künftig eine Truppe von 75 000 Mann im besetzten Gebiet aufrechtzuerhalten. Eine Reihe von rheinischen Städten wird künftig größere Garnisonen haben als in der Zeit vor Locarno. Die deutsche Regierung hat jetzt einen diplomatischen Schritt getan, um die Entente zur Einhaltung des Versprechens zu drängen. Ein Streikeman damit Erfolg haben wird, bleibt hier zweifelhaft.

Bei der Aufrechterhaltung des Militärsystems im Rheinland ist Frankreich die treibende Kraft. Die französischen Machthaber wollen offenbar durch einen militärischen Druck auf Deutschland gewisse militärische Einrichtungen zu ihren Gunsten beschließen. Dahn geht zunächst der deutsch-französische Handelsvertrag, der demnach, nach anderthalbjährigen Verhandlungen, beschlossen werden soll. Weiter besteht ein Plan, die Obligationen der deutschen Reichsbahngesellschaft auf dem amerikanischen Geldmarkt zu verbriefen. Die deutsche Regierung hat sich dem Reichsbahn, die sich in der Hand des Reparationsagenten befindet. Der Verkauf der Parzelle soll einen Milliardenbetrag bringen, der zur Sanierung der französischen Staatsfinanzen zu verwenden wäre. Es ist begrifflich, daß die französische Regierung eine solche Regelung anstreift, um den Wert der deutschen Anleihen zu erhalten, um zu vermeiden, daß Frankreich seinen Wert an den Bergwerken zum Teil an Deutschland zurückverkauft werden. Einmal für eine Riesenmenge in barem Gelde.

Die Locarno-Verträge haben demnach an dem deutsch-französischen Verhältnis grundsätzlich nichts geändert. Auch wie vor steht die französische Bourgeoisie ihren Militärapparat ein, um Europa zu erobern.

### Hot Front liegt

#### Wette der gelben Knappenvereine und des Stahlhelms in Borna

Die Knappenvereine der Bergarbeiter Mitteldeutschlands veranlassen gemeinsam mit dem Stahlhelm am 17. Januar in Borna eine sogenannte Reichstagskundgebung zu ihren Gunsten beschließen. Das Geschäftsstellenamt von Borna rief die Kampfe zu einer Gegenkundgebung auf. Die Veranstaltung der Reaktion erlitt füglich Schiffbruch. Ganze 600 Mann folgten ihrem Ruf, während die Kundgebung des Geschäftsstellenamts, an der Hot Front-Kämpfer-Bund und Reichsbanner als gemeinschaftlich Organisations- und Kampfbund teilnahmen, ein großer Erfolg war. Die Demonstration fand unter den Parolen „Für den Widerstand“, „Gegen die Verhandlung des Reichstagsbeschlusses“. Seit den Kämpfen in Mitteldeutschland war dies die gewaltigste Kundgebung. Den Auftakt zu dieser Kundgebung gab eine von der KPD, am Tage vorher veranstaltete Lenin-Gedenkfeier.

### Dristatell Kadeid bei Schindlich für Volkstentheid

In der am 15. Januar stattgefundenen Kartellversammlung wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

An den Ausschuss zur Durchführung des Volkstentheids Beschlusses Nr. 48.

Die am 15. Januar 1926 in Freiburg stattgefundenen Kartellversammlung begrüßt die von der KPD, und dem Ausschuss für Durchführung des Volkstentheids in der Frage der entschädigungslosen Rückentwertung unternommenen Schritte und verlangt, daß der Kampf um die restliche entschädigungslose Entwertung des Volkstentheids mit aller Schärfe aufgenommen werden soll. Für die Kämpfer in dieser Sache, die ebenfalls Opfer des Krieges und der Arbeit zu verdanken.

Dristatell Kadeid u. Ang. Rudolf Kober, Vor.

### Der Massen Sturm gegen das Firkennap für entschädigungslose Entwertung

Vom Ausschuss zur Durchführung des Volkstentheids wird uns mitgeteilt:

„Demnach Rückentwertung und Gegenentwurf zur Durchführung des Volkstentheids von einem großen Teil der Presse unterlassen werden, können sich bei dem Ausschuss die Zustimmungserklärungen für die entschädigungslose Entwertung der Firkennap. In den letzten Tagen sind allein mehr als 2000 Zustimmungserklärungen eingegangen. Schauerliche Massenaktionen der Arbeiter, auch die Arbeiter, die Arbeiter, Lehrer und Arbeiter begrüßen mit Begeisterung die Arbeiter des Volkstentheids und verlangen schnelle und ganze Arbeit. Viele Prominente erklären sich bereit, ihre Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen.“

### Eine Berliner Mietkaserne zusammengestürzt

#### Waher 9 Tote, 13 Schwerverletzte, 20 Leichtverletzte

Gestern morgen um 1/7 Uhr ereignete sich in Berlin ein furchtbares Explosionskatastrophen. Eine Berliner Mietkaserne stürzte infolge noch nicht ganz geklärt Ursachen plötzlich zusammen und begrub den größten Teil der Einwohner unter seinen Trümmern. Die ganze Gegend um das Haus herum war in einen See von Schutt und Asche verwandelt. Ein Brand, der sich im Keller des Gebäudes zu entwickeln begann, wurde durch die Explosion der Gasflaschen, die in dem Haus lagen, noch mehr gefährdet. Die meisten Bewohner des Hauses lagen noch im Schlaf und glaubten bei dem furchtbaren Krachen und Klirren zunächst an ein Erdbeben.

Die 13 Geschwunden alle Gesäner in feurigen Schichten durch die schnell herbeigekommene Feuerwehr des Kranstehens Markt übergeführt. Waher neun Tote, die bereits identifiziert sind, werden noch drei kleine Kinder vermist, von denen man annehmen muß, daß sie unter den Trümmern begraben liegen.

Die Rettungsarbeiten waren demnach sehr furchtbar, weil noch weitere Einstürze bedroht drohten, daß das Dach auf dem einen Giebel vier Meter frei ohne Stütze in der Luft hing.

Unter den gezeichneten Personen befindet sich auch ein Arbeiter, der 55 Jahre alte Wämann, der im Moment des Vorberstehens an der Unglücksstelle von einem Stein auf den Kopf getroffen wurde und sofort tot zusammenbrach. Ein gerade vorübergehendes Drohstentens wurde durch die Explosion ebenfalls vollständig zerstört, ohne daß der Chauffeur entkommen ist.

In der Umgebung der Kaserne sind durch die gewaltige Detonation die Fensterböden aller Gesäner in feurigen Schichten zerstört. Während man jetzt annimmt, daß es sich bei diesem Explosionsunfall um eine Benzinpompe handelt, hat sich jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit herausgestellt, daß die Kaserne durch eine Gasexplosion zusammengefallen ist. Es wird vermutet, daß der Grund der Explosion der Gasflaschen war, die in dem Keller des Gebäudes, infolge einer fahrlässigen Stellung mit Gas angefüllt gewesen ist, das explodierte, wodurch die Petroleum- und Spiritusflaschen, die sich in dem Laden befanden, mit in die Luft gingen. Wie durch ein Wunder ist die neben dem Explosionsort gelegene Kaserne unbeschädigt geblieben. Die Folgen, die bei der Explosion dieser Kaserne eingetreten wäre, lassen sich kaum ausdenken.

Groß sind besonders die Zustimmungserklärungen aus dem Rhein, die während des Krieges in den Rheinländern bei dem Ausschuss der Partei eines entzweiten Sparsers eingegangen sind. Erklären sich an, daß er bei der vorigen Wahl noch deutschnational gemüht habe. Die Entschliessungen über die Gerichtsbarkeit und Vergleiche der Regierung mit den Firkennap mieden auf die entzweiten und entzweiten Sparsers als fiktiver juristischer Fiktion. Der Brief lautet:

„Wir entzweiten und dem Rhein preisgegebenen Sparsers erhalten stammenden dem Reich gegen diese unangehörige deutsche Reichsbeschuldigung und verlangen restlose und entschädigungslose Entwertung der beschuldigten Firkennap. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, diese Leute für ihre jählichen politischen Schwankungen, für die ganze Zusammenfassung ihres Abwärtens und letzten Endes für die Nummer aus dem Rhein folgende reichsbeschuldigungsmäßige Sparsers gegenüber dem allgemeinen Volk Lande von Geduldsmäßen aufzugeben. Den Bestrebungen der Dage für Wien gereichte Freude ich meine wärmste Sympathie und durch meine Eigenkraft als abwertungsgerichtet Entzweiter meine wärmste und freudigste Zustimmung aus.“

„In Coblenz (Rheinland) hat sich ein Einheitskomitee gebildet, dem sich sämtliche Arbeiterorganisationen angeschlossen haben und zwar ADGB, SPD, Reichsbanner, Reichsbund der Kriegsbefähigten, Arbeiterpartei, KPD, Freidenker, Arbeiter-Verbands-Bund, Altersrentner und Erwerbslose. Selbstverständlich auch die Kommunisten. Das Komitee vertritt 2000 inländische Mitglieder. In einem Schreiben an den Ausschuss hat es erklärt, daß es dem Ausschuss unter der Parole: Keinen Rhein in die Firkennap, entschädigungslose Entwertung der Firkennap, und Volkstentheid — erfolgt sei.“

Auch die Ortsgruppe Gotha des Reichsbundes der Kriegsbefähigten hat einstimmig beschlossen, dem Ausschuss zu beistimmen. Die Ortsgruppe hat die Entwertung mit erklärt, daß ein Entwertungsamt unter der Parole: Keinen Rhein in die Firkennap, entschädigungslose Entwertung der Firkennap, und Volkstentheid — erfolgt sei.

Auch die Ortsgruppe Gotha des Reichsbundes der Kriegsbefähigten hat einstimmig beschlossen, dem Ausschuss zu beistimmen. Die Ortsgruppe hat die Entwertung mit erklärt, daß ein Entwertungsamt unter der Parole: Keinen Rhein in die Firkennap, entschädigungslose Entwertung der Firkennap, und Volkstentheid — erfolgt sei.

Die Ortsgruppen der Stadt Dohne (Sa.) haben sich in einem Entschliessung ebenfalls auf den Boden der entschädigungslosen Entwertung der Firkennap gestellt und den Ausschuss nach in Kenntnis gesetzt.

Die Ortsgruppen der Stadt Dohne (Sa.) haben sich in einem Entschliessung ebenfalls auf den Boden der entschädigungslosen Entwertung der Firkennap gestellt und den Ausschuss nach in Kenntnis gesetzt.

Die Ortsgruppen der Stadt Dohne (Sa.) haben sich in einem Entschliessung ebenfalls auf den Boden der entschädigungslosen Entwertung der Firkennap gestellt und den Ausschuss nach in Kenntnis gesetzt.

### Der Lohnkampf der Eisenbahner beendet

#### Der Schandfriedensspruch für verbindlich erklärt

„Wenn es auf nur ein Brot pro Woche ist, was die Eisenbahner erhalten haben, so haben sie das nur ihrer Gerechtigkeit zu verdanken.“ (Der Deutsche Eisenbahner Nr. 2 vom 10. Januar 1926.)

„Nun ist die Zeit der Beendigung des Einheitsverbandes der Eisenbahner für Deutschland für seine Zustimmung zu dem Schandfriedensspruch, der vom Reichsarbeiterministerium am 16. Januar verbindlich erklärt wurde. Die Eisenbahner sollen sich also bis zum 1. Mai 1926 mit dem im Schiedspruch vom 20. Dezember 1925 gefällten Hungerlöhnen zufriedengeben. Eine Biennium Lohnherabsetzung ist bis zum 1. Mai 1926 für die Lohngruppen 1 bis 5, zwei Biennium für die Lohngruppen 6 und 7, wenn bis zum 24. Lebensjahr erreicht haben. Von einem Erfolg dieses Lohnkampfes zu sprechen, bedeutet eine Provokation der Eisenbahner gegenüber, wenn man bedenkt, daß in Zukunft auch die Frauen- und Kinderbelegschaft in Kraftverhältnissen in Betracht kommen werden.“

Der Abschluß dieses Lohnkampfes macht es notwendig, Mängel und Fehler der Bewegung festzustellen und den Eisenbahnern zu zeigen, daß sie eine andere Taktik bei ihren Lohnkämpfen einschlagen müssen. Die Ursache, die Frage der Lohnherabsetzung betrifft zu zeigen, daß es eine Bestätigung einer Bestätigung der Eisenbahner. Die Mobilisierung der Massen, in Betrieb und Werkstätten der Reichsbahn geschah so gut wie nicht. Die Offensivtakte war nicht unterstützt von den miserablen Löhnen und der 12 bis 14stündigen Arbeitszeit der Eisenbahner und dem menschenverderblichen Gedrängeverhältnis, das bei der Reichsbahn herrscht. So wie die Beamtensorganisation ihre Mitglieder zu Demonstrationen aufgerufen haben, so müßte es auch der Einheitsverband der Eisenbahner tun. Die aufgeregten Forderungen waren vollständig unzulänglich und entsprachen keineswegs dem Schicksal, die die Eisenbahner in ihren Lohnkämpfen gefordert hatten. Statt 15 Biennium Lohnherabsetzung pro Stunde wurden bei den Schlichtungsverhandlungen nur zwei Biennium gefordert. Die Forderungen auf Wiedereinführung des Achtstundentages, Verringerung der Wohnzinsen von 7 auf 5 und Befreiung der Dienstreisenden von ihren Kosten wurden gar fallengelassen. Die Mobilisierung der Massen, die die Eisenbahner in ihren Lohnkämpfen gemacht haben, war ein Scheitern. Die Eisenbahner seien, damit sie den Druck auf ihren Hauptverband verflärten, um der Diktatur der Verbandsführer ein Ende zu bereiten.

Doch die Schuld, daß der Schandfriedensspruch verbindlich erklärt werden konnte, liegt zum Teil mit den Eisenbahnen selbst. Die Unklarheit, die sich um ihren letzten der freigesprochenen Organisationsplan im Rücken. Ein anderer Fehler war wohl die Inaktivität in den freien Gewerkschaften, bestimmte sich jedoch nicht um die Organisationsarbeit. Dadurch wurde die Macht der Gewerkschaften geschwächt und es dem Unternehmerrtum ermöglicht, mit den rücksichtslossten Mitteln seine Pläne durchzuführen. Dies zeigt sich besonders in der Reichsbahn, wo seit zwei Jahren Millionen von Arbeitern und Beamten starben. Dieser tiefe Druck der Gewerkschaft auf die Eisenbahner, die Angst, ebenfalls auf die Straße geworfen zu werden, zünger und Elend preisgegeben zu sein, läßt die Kampfbereitschaft. Millionen nahmen sie alles hin, was die Reichsbahn-Verwaltung ihnen anbot. Die Eisenbahner nahmen sie alles hin, was die Reichsbahn-Verwaltung ihnen anbot. Die Eisenbahner nahmen sie alles hin, was die Reichsbahn-Verwaltung ihnen anbot. Die Eisenbahner nahmen sie alles hin, was die Reichsbahn-Verwaltung ihnen anbot.

Interessant ist, daß dem Ministerialrat Dr. Schilling von dem Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft ein Preisfahrtschein 1. Klasse überreicht wurde, weil er bei den Schlichtungsverhandlungen das Interesse der Reichsbahngesellschaft besonders gut vertreten hätte. Ein Beispiel für die Inaktivität der Schlichtungs-ausschüsse.

Die Kämpfe, die den Eisenbahner bevorstehen, werden die bis jetzt geführten an Schärfe weit übersteigen.

Aber nur die Erkenntnis, daß der rücksichtslose Kampf gegen die an der Spitze der Unternehmerrtum stehende Reichsbahn A.G. geführt werden muß, wird den Eisenbahner den Erfolg bringen. So wie die Eisenbahner vom Februar 1922 geschlossen in Kampf aufgenommen haben und ihr Ziel erreicht hatten, wenn ihnen nicht die Epithenorganisationen in den Rückgefallen wäre, so müssen auch jetzt wieder Eisenbahner, Reichsarbeiter und Gemeindeführer und Staatsbeamten in einer Front zusammengehen für die Durchführung ihrer Forderungen, für die Befreiung des Kapitalismus und für die Schaffung eines sozialistischen Arbeiter-Deutschland.

### Aus dem Ford-Paradies

Nach einer Meldung aus Detroit haben die Ford-Werke plötzlich 10 000 Arbeiter entlassen. Die Entlassenen wurden ohne jede vorherige Kündigung auf die Straße geworfen. Ford mußte nach einem Reuters unterrichten, daß er wegen der Entlassungen ein einzelnes Beispiel habe. An Stelle der 10 000 Entlassenen, die für Ford zu teuer waren, treten 16 000 neue Arbeiter, deren Löhne erheblich geringer sind. Auf diese Weise hat Ford jetzt 6000 Arbeitervorteile mehr und spent noch Geld.

Nach einer Meldung aus Detroit haben die Ford-Werke plötzlich 10 000 Arbeiter entlassen. Die Entlassenen wurden ohne jede vorherige Kündigung auf die Straße geworfen. Ford mußte nach einem Reuters unterrichten, daß er wegen der Entlassungen ein einzelnes Beispiel habe. An Stelle der 10 000 Entlassenen, die für Ford zu teuer waren, treten 16 000 neue Arbeiter, deren Löhne erheblich geringer sind. Auf diese Weise hat Ford jetzt 6000 Arbeitervorteile mehr und spent noch Geld.

Nach einer Meldung aus Detroit haben die Ford-Werke plötzlich 10 000 Arbeiter entlassen. Die Entlassenen wurden ohne jede vorherige Kündigung auf die Straße geworfen. Ford mußte nach einem Reuters unterrichten, daß er wegen der Entlassungen ein einzelnes Beispiel habe. An Stelle der 10 000 Entlassenen, die für Ford zu teuer waren, treten 16 000 neue Arbeiter, deren Löhne erheblich geringer sind. Auf diese Weise hat Ford jetzt 6000 Arbeitervorteile mehr und spent noch Geld.





# Mahnruf an die Leuna-Proleten!



Zuchthaus Leuna, das sind zwei inhaltsschwere Worte, die täglich tausendmal gebraucht werden! Zuchthaus Leuna, das ist ein verzweifelter Auspruch, begleitet von tausend Seufzern und tausend Flüchen. Zuchthaus Leuna heißt tausendfaches Elend. Zuchthaus Leuna bedeutet tausend Tränen. Zuchthaus Leuna, das ist die Zwangsburg des Kapitalismus, die Tausende gefangen hält. Zuchthaus Leuna ist ein Bollwerk des deutschen Bourgeois, gegen das sich geballte Fäuste erheben. Zuchthaus Leuna ist Arbeiterhölle. Zuchthaus Leuna ist Arbeiterfemele. Zuchthaus Leuna ist der Inbegriff aller Leiden des Proletariats. Zuchthaus Leuna ist die Verfeinerung des Klassenfeindes. Zuchthaus Leuna ist die Burg, die der mitteldeutschen Arbeiterschaft den Kampf gebietet!

**Skaven der Leuna-Hölle, wacht auf! Ihr seid eine Macht! Noch trägt Ihr Fesseln — — — sprengt sie!**

Seht das Bild nebenan, das sind wir alle, das ist jeder einzelne, das ist die gesamte Leuna-Belegschaft. Ein Riese mit gewaltigen Kräften in Ketten geschlagen. Ein Schloß vor dem Munde und die Augen verbunden mit einem Giftlappen: der bürgerlichen Presse. Eingeschüchtert und resigniert durch die ewigen Ermahnungen sozialdemokratischer Führer und Gewerkschaftsinstanzen. Ein Bild der Kraft und Hilfslosigkeit zugleich.

Kollegen und Klassenossen, war das immer so? Nein! Wir wollen ein wenig zurückblicken und aus dem Vergangenen lernen. Noch vor zehn Jahren ging dort, wo sich heute die dreizehn Schöte des Wertes erheben, der Köhlerer Wauer hinter dem Flügel. Er ahnte damals nicht, daß seine vertäumten Figuren jene so überaus wichtige Bedeutung für die deutsche Bourgeoisie und

für das deutsche Proletariat erlangen würden. Im Jahre 1915 sind ihm die Augen aufgegangen, als er auf seinen Feldern die großen Steinzüge erblicken sah. Unglückliche Menschen wurden herbeigeholt und zur Arbeit getrieben. Männer, Frauen, Jugendliche, Kriegsgefangene und rekrutierte Soldaten. Ein Bau nach dem andern wuchs aus der Erde, und jeder forderte seine Opfer. Und immer landeten die Antreiber und drohten mit dem Schühengraben. Und so mancher Kollege, der nicht hinauswagte nach Flandern, fand im Leunawerk sein „Heldentod“.

Dann kam der Umwälzung. Zwanzigtausend Menschen waren in der großen Festung versammelt, als die Arbeiterräte gewählt wurden. Den Leuna-Königen war das Herz in die Hose gerutscht. Sie bewilligten alle Forderungen und waren froh, daß „ihre“ Arbeiter nicht mehr verlangten. Aber mit ungeheurer Schnelle wuchs das Klassenbewußtsein der Leuna-Proleten, wuchs ihre revolutionäre Kraft. Leuna war in Mitteldeutschland zur roten Hochburg geworden. Die Massen des Leunawerks hatten sich zu einem Faktor entwickelt, mit dem der Gegner rechnen mußte. Und er rechnete auch damit. 1921 waren seine Kalkulatoren fertig. 1921 führte er seinen wohl vorbereiteten Anschlag aus. Mit unmenlicher Brutalität eroberte er das Leunawerk. Der sozialdemokratische Oberpräsident Hörning sah mit Genugtuung den Erfolg seiner Operationen.

**Leuna-Arbeiter, gegen! dieser Zeit!**

Berg die Gräber nicht in Rössen und Göltsch! Berg die Gräber nicht, daß man Deine Brüder morden! Berg nicht, daß man sie auf dem Gänseger einharrte, wie tolle Hunde! Berg nicht

die Demütigungen und Mißhandlungen, die die Gefangenen im Silo erleiden mühen! Berg die sozialdemokratischen Führer nicht, die im Auto mit den weißen Offizieren nach Leuna kamen! Berg die Vertreter nicht! Berg die Vortrüglichen nicht! Denke an die revolutionären Dankswürde jener Tage, die so häufig bei der SPD. Imboten! Denke aber auch daran, daß sozialdemokratische Arbeiter, empört durch die Haltung ihrer Partei, nach der Märzrevolution in Kommissaren wurden! Grabe alle Erinnerungen tief in Dein Herz, Bruder, vergiß nicht!

Aus der roten Hochburg war das Zuchthaus Leuna geworden. Der große Prolet wurde in Fesseln geschlagen. Das treffende Bild zeichnet ihn. Und doch trug der Riese sein Dos nicht müßig Wiederholt hat er sich aufgeschäumt und an dem Ketten gearbeitet. Er vermochte sie nicht zu sprengen, trotz aller Anstrengungen. Er hebt seinen Weg nicht, den er gehen soll. Noch sitzt die Binde vor seinen Augen. Es ist

die bürgerliche Presse,

die seinen Verstand vergiftet. Darum, hinweg mit dieser Binde! Werft die widerlichen Zeitungen heraus aus den Arbeiterhäusern! Lebt den „Klassenkampf“, die einzige revolutionäre Arbeiterzeitung des Bezirks!

Von Stunde an hat der „Klassenkampf“ die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Von Stunde an hat der „Klassenkampf“ für die Leuna-Proleten gekämpft. Manches Köstliche, manches Aufwühlende fand in seinen Spalten. Erinnerung! Die Lust nach am das schöne Sonntagsgedicht, dessen erster Vers die zweifelhafte Elemente des Wertes so aus dem Häuschen brachte?



Bist Du „verachtete Existenz“?  
So nimm Dir einen derben Sten,  
Kimm mit die Kaffertulle  
Und auch die Kästchulle,  
Und mach Dich auf die Beine  
Und geh' hinaus nach Leine!

Erinnert Ihr Euch, daß damals ein Angestellter aus Bau 24 ein Gegenbild in herausgab und im Werk verteilte? Kennt Ihr noch die herausragende Antwort eines Arbeiters, die der „Klassenkampf“ ebenfalls veröffentlichte? Es kam darin die prächtige Stelle vor:

Ach Du armer Schreiberwicht,  
Bleibst ewig nur ein kleines Licht,  
Du bist ein Durchschmittsummer,  
Bergst nur Denken Kummer,  
Denn der Verband von Schweine  
Genügt für Dich in Leine!

Jeder Kollege freute sich damals, daß ein Arbeiter den Trampf auspielt. Und bis zum heutigen Tage ist es so geblieben.

### Der Arbeiterkorrespondent hat das Wort!

Trotz aller Verfolgungen durch die Leuna-Könige, trotz aller Schikanen und Maßregeln, trotz Spitzel und Verpöhliger hat der Arbeiterkorrespondent das Wort! Die Unbilligen wissen, was das heißt. Der Arbeiterkorrespondent hat so manchmal heimlich den Kopf in die Hand genommen. Jeder Leuna-Kollege kennt die Machenschaften Nikolaus Schäfers. Und jeder Kollege weiß auch, wie schmählich Nikolaus und seine Protetoren von Bau 24 bei all ihren Aktionen hineingefallen sind. Der Arbeiterkorrespondent drang bis in die intimsten Angelegenheiten des Werkvereins. Er veröffentlichte vorzeitig die Briefe und Dokumente dieses Klubs, er nannte alle gelben Vertrauensleute, er war über alles informiert.

### Wer ist dieser Arbeiterkorrespondent?

Er ist keine Einzelperson. Jeder Leuna-Arbeiter, der dem „Klassenkampf“ schreibt, ist Arbeiterkorrespondent. Jeder Leuna-Arbeiter kann ein solcher werden. Die meisten Kollegen stellen sich das Antragsverfahren zu schwer vor, sie glauben, der „Klassenkampf“ könnte ihre Berichte nicht verwerten. Hier kommt es nur auf einen Versuch an. Ist das Eis erst gebrochen, dann dauert es nicht lange, und der Betreffende ist zum ständigen Arbeiterkorrespondenten geworden. Fragt nicht, über was Ihr schreiben sollt, das Leuna-Zustehaus bietet Stoff genug. Schreibe Euch die neuen Bilder an in der heutigen Nummer, sie zeigen wahrheitsgetreu das Leben in der Anstalt.



Das Kreuzverhör, dargestellt durch Bild 1, ist auf die Arbeiteraufnahme gemünzt. Dort werden die „Glücklichen“, die die Leiden der Leuna-Proleten teilen wollen, sofort ins Gebot genommen. Dort heißt es: Wo sind Sie geboren? Sind Sie überhaupt geboren? Wo waren Sie in den letzten drei Jahren? Wo waren Sie 1921? Eine Menge wollen die Leuna-Könige wissen. Der arme Prolet steht und zittert, er hofft im Stillen, über die Situation hinwegzukommen. Aber o weh, seine Angaben werden nachgeprüft. Ein Schreiber hängt schon am Telefon, nur noch einen Augenblick, dann ist der brave Genosse erkrankt.

Ist es möglich, ist er wirklich mit Ach und Krach hineingerückt ins Werk, so hat er auch nicht viel gewonnen. Ein Meister steht und quält ihn in die Ohren: „Ihr Arbeit kann uns selten“ (Bild 2). Schweigt!



gebadet mit frischen Sämen prügelt er den Amöb. Im Geiste steht er den Dämonen seiner Arbeit, den Kapitalisten, mit Straß gemästeter Brause und dicker Zigarre, dessen Zimmer ein Bild schmückt, das ihn vollends in Wert bringt.

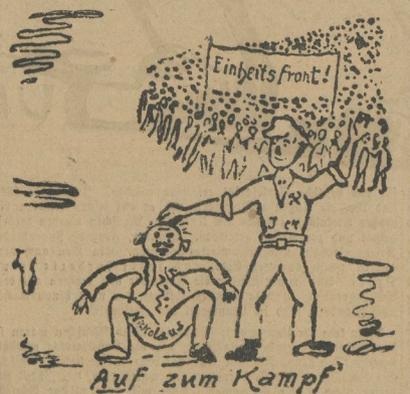
Bist Du ein Knall, eine starke Detonation. Wieder ein Explosionsknall. Die Feuerwehr bringt die Berunglühten. Einen Wagen nach den anderen schafften sie nach der Ambulanz. Laut wimmern die Unglücklichen, die Opfer des Profits (Bild 3). Geringer Sachschaden ist entstanden. Die Produktion geht weiter. Die Hochdruckbehälter jagen das alte Lied



Widerliche Menschen sind im Werk, richtige Galgengeister. Sie scharmeln um die Vorgelegten. „Meister, ich weiß etwas“, sagt der armfellige Spitzel: „Im Abort liegt ein „Klassenkampf“ (Bild 4). Der Meister sieht den Strang, und in Bau 24 bimmelt die große Glocke. Alles ist in Aufregung, die Justizhausordnung wurde gestört



Nikolaus kam mit seiner Bande. Die Leuna-Proleten wurden süßig. Die gelbe Best wirkt Wunder. Im Nu fanden sich tausend ehrliche Proleten zur proletarischen Klassenfront. Und immer mehr wuchs der Haufe. Rote Fahnen flatterten. „Auf zum Kampf“ brüllte die Masse (Bild 5). Jack führte sie. Nikolaus bekam eine Kopfnuss und land in sich zusammen. Seine Mannen lachten das Weite



In diesen fünf Bildern eines Arbeiterzeichners des Leunawerkes sind einige Momente festgehalten. Unbillige Szenen hatten noch der Veröffentlichung. Auch die große Zeichnung, das treffliche Symbol der Betriebschaft, ist von ihm entworfen. Er ist einer vom revolutionären Kern. Aus seinen Arbeiten spricht eine ernste Mahnung:

### Wehrt Euch, kämpft!

Unsere Leiden sind zu ertragen, wenn wir uns alle ein Ziel setzen, wenn wir als klassenbewusste Arbeiter denken und handeln. Um kämpfen zu können, muß man gekümpft sein. Und das sind wir noch nicht. Wie oft hört man die Worte: „Es wird schon einmal anders kommen.“ Immer wieder bestimmt man diese aussichtslose Hoffnung!

Nichts wird anders kommen. Kollegen! Wir müssen die Verhältnisse selbst ändern! Wir haben uns vor allen Dingen zu organisieren.

Kommt nicht mit den „Augen“ Ausreden, daß Ihr den Gewerkschaftsorganen keinen Feind in den Rücken rennen wollt. Ihr seid als unorganisierte Kollegen doch die Dummen, denn die Unternehmer lächeln die Lohnkassiere gern mit schwachen Verbänden ab. Den reformistischen Kongress ist es egal, wie hoch die Tarife sind und wie lange sie laufen. Die Gesamtbetriebschaft trägt den Schaden. Wir müssen hinein in die Gewerkschaften, wenn wir die korrupten Führer los sein wollen.

### Die gewerkschaftliche Organisation ist das Gebot der Stunde!

Aufführung und systematische Agitationsarbeit tut not. Kein Bau ohne gewerkschaftlichen Vertrauensmann, kein Kollege ohne Verband, ist die Lösung. Jeder einzelne muß sich ernstlich die Frage vorlegen, jeder einzelne muß sich zur Organisation zurückfinden. Nicht als Wartende, lieber, nicht als passives Mitglied soll er kommen, sondern als aktiver Kollege soll er in den Gewerkschaften die Opposition führen. Massenverbände mit Schlafmützen nützen uns nichts. Wir brauchen das aktive Element in den Organisationen, wenn wir aufstäumen, wenn wir die Taktik ändern, wenn wir die Gewerkschaften zu Kampfverbänden machen wollen. Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist nur zu erreichen auf dem Wege des gewerkschaftlichen Kampfes. Also: wir müssen uns auch klar sein, daß ein paar hienige Lohnzuschüsse unser Geld noch nicht befeuchten. Wollen wir wirtschaftlich frei werden, dann müssen wir gegen das kapitalistische System kämpfen, müssen wir die politische Macht ringen. Dazu brauchen wir eine Partei, eine revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei, welche die Arbeiterchaft führt. Darum ergreift an alle fortgeschrittenen, zielstrebenden Proletarier der Auf:

### Werdet Kommunisten!

Das Justizhaus Leuna ist die Gebärerin der Kommunisten, die stets für Nachwuchs sorgt. Gemahregelte werden immer durch Neugeburten ersetzt. Im Verlauf dieses Prozesses haben sich revolutionäre Kräfte herausgebildet, welche der kommunistischen Partei zugute kommen. Je mehr Leuna-Arbeiter sich dieser Partei anschließen, desto härter wird die kommunistische Betriebszelle, desto härter wird der Kampf gegen die Antikommunisten. Die Betriebszelle wird führen, die Gesamtbetriebschaft zum kämpfen. Es darf im Leunawerk keinen indifferenten Arbeiter geben. Sein eigenes Los muß leben interessieren. Der einzelne Arbeiter muß sich Aufführung verschaffen. Er erhält sie nicht durch die „hässlichen Nachrichten“, die Arbeiterhelfer Tante, die Leipziger Neuesten Nachrichten, das „Volksblatt“ oder den „Volksboten“. Nur der „Klassenkampf“ informiert seine Leser über alles, nur der „Klassenkampf“ berichtet über alle Kämpfe des internationalen Proletariats. Leuna-Arbeiter für Dich darf es nur eine Zeitung geben, und das ist der

### „Klassenkampf“.

Arbeitsrunder, vertiefe Dich noch einmal in das große Bild, prüfe es in Dein Gedächtnis! Du bist der Kiste, wenn Du Dich mit Deinen Genossen vereinst. Das Mähdreh vor Dir sollte Dich nicht irremachen. Du mußt Deinen Weg gehen, vorwärts über den kleinen Kerl hinweg. Der Genossenschaft tut nur wichtig, innerlich hat er Angst vor Dir! Er zittert vor Deiner Stärke. Betriebsrat — SPD, steht an seiner Spitze, damit Du erkennst, wen Du vor Dir hast. Wiße, es ist nicht nur Wilhelm Daniel, es ist die reformistische Bonopatrie überhaupt, die in den Mähdrehen steht. Du bist die Revolution, jener kleine ist der Reformismus! Nun vorwärts, Tritts geföhrt, formiert die Bataillone, es lebe der Kampf!

Der Tag bricht an, vom Osten leuchtet purpurn die Freiheit. Im herrlichen Rot glänzt liegt das Justizhaus Leuna — es wird wieder die alte Hochburg des revolutionären Proletariats werden!

### Die Berufsgelahren der Leunearbeiter Arbeiterkorrespondenz aus Weigenfels

Der Meister Emil Granz, Weigenfels, beschäftigt im Bau 2, ist in der Klinik in Halle gekörbert, wohin er krankheitsbedingt eingeliefert worden war. Er war bereits einmal an Heilerzeugung erkrankt, und auch diesmal soll Heilerzeugung in Frage kommen. Benignus stand zuerst auf dem Totenscheitel, daß er an Blinddarmentzündung und Heilerzeugung gestorben sei. Am andern Tag wurde dieser Schein umgedrückt, daß lediglich Blinddarmentzündung in Frage käme. Warum auf einmal diese Wendung? Ist das etwa auf einen Wink der Leuna-Direktion geschähen? Wenn Heilerzeugung in Frage kam, mußte die Schulfrage untersucht werden; Berufsunfallversicherung oder auch Staatsanwaltschaft hätten sich dann dafür interessieren müssen. Also was ist nun eigentlich die Todesursache?

### Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt vom ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 M. den

### Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Weigenfels mit den Beilagen: „Leben, Wissen, Kampf“, „Kämpfende Jugend“, „Befreites Land“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Die Kommunisten“, „Der kommunistische Genossenschaftler“, „Aus den Betrieben“, „Muster-Arbeiterzeitung“, „Der rote Stern“ u. a.

Die Zustellung soll durch den Austräger / Post erfolgen

Wohnort: ..... den ..... 192 .....

Name: .....

Straße: .....

Hausnummer: ..... und Stadtwert: .....

oder bei: .....

# Kampfe der Jugend

## Karl Liebknecht, der Vorkämpfer der Kommunistischen Jugendinternationale

Von Fritz Steinhard

Das Leben und Wirken Karl Liebknechts, sein unerschrockener Heldentum, seine Hingabe für die Sache des revolutionären Kampfes, sind für die revolutionäre Arbeiterjugend der Welt ein Vorbild geblieben. Die proletarische Jugendbewegung Deutschlands, so wichtig sie auch für den Weltkampf des Proletariats ist, fand in ihren Entwicklungsjahren lange Zeit keine Beachtung und Unterstützung bei den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften. Ihre Geburt, ihr Aufblühen, ihr Kampf vollzogen sich unter den schwierigsten Bedingungen. Im Kampf gegen die Schichten der Polizei und Regierung, die mit Hilfe des Vereinskongresses allen Jugendlichen den Zutritt zu politischen Vereinen und die politische Betätigung unterlag, trat die Jugendbewegung auf den politischen Kampfplatz. Und nicht nur gegen die Bourgeoisie mußte sie ihren Kampf führen, sie hatte einen zweiten Feind, einen Feind im eigenen Lager. Gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsorganisationen, ja in direktem Kampf gegen sie, mußte sich die Jugendbewegung behaupten.

Es waren nur wenige Erwachsene, die der Jugend bei der Gründung und Berechtigung der Jugendbewegung und den Feinden im eigenen Lager behilflich waren. Karl Liebknecht trat aus ihnen hervor. Er hatte ein glühendes Herz für die proletarische Jugendbewegung. Da er erkannte, daß die Gewinnung der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen und ihre politische Erziehung für den Sieg des Sozialismus eine unbedingte Voraussetzung sind, trat er auch als einer der ersten für die Organisierung der proletarischen Jugend ein. Auf Konferenzen und Parteitagen trat er den Parteien und Gewerkschaftsorganisationen entgegen, die lediglich die politische Erziehung der Erwachsenen und mit Ausschaltung der bürgerlichen Jugendbewegung legte er sich für die organisierte, selbständige Jugendorganisation ein, stellte diesbezügliche Anträge und arbeitete aktiv an dem Aufbau der Jugendorganisationen mit. Seine Tätigkeit für die Jugendbewegung beendete sich nicht nur auf Deutschland. Seitdem er 1907 nach Paris auswanderte, hat er in Stuttgart die erste internationale Jugendkongress sozialistischer Jugendorganisationen initiiert und die Gründung der „Internationalen Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen“ zuwege gebracht. In dem Anfang März 1907 gefassten provisorischen Internationalen Jugendkongress wurden unter der Leitung von Karl Liebknecht aus Deutschland und De Man aus Belgien, der Vorläufer, einer internationalen sozialistischen Jugendbewegung, fand in allen Ländern begeisterte Zustimmung. Am 24. bis 26. August 1907 trat die Konferenz in Stuttgart zusammen. Sie war von 20 Delegierten aus 13 Ländern besucht. Karl Liebknecht führte den Vorsitz der Konferenz und verhandelte, daran teilnehmend, die Beschlüsse mit. Die Beschlüsse der Konferenz, die zu den wichtigsten Dokumenten aus der Kriegszeit gehört, enthält mehrere Artikel von ihm. Anfangs übernahm er die Redaktion und Veröffentlichung der deutschen Ausgabe. Seine Artikel gegen Militarismus und Krieg zeichnen er wegen der illegalen Veröffentlichung unter dem Pseudonym „Amphibochius“, das heißt der „Unverständliche“, „Internationaler Klassenkampf, nicht Staatentrieg“ war keine Zeitung, und Liebknecht schloß sein Artikel mit der Beschlusssatzung: „Die proletarische Jugend wird der neuen Internationale voranzutreiben.“

Kurz vor Liebknechts Verhaftung, zu Ostern 1916, verarmten sich illegal in dem über 100 Vertreter der revolutionären Jugend Deutschlands, Karl Liebknecht war der Organisator. Er leitete die Konferenzen und gab durch seine hervorragende Mitarbeit die Jugendbewegung das geistige Rückgrat und die Richtschnur für die weitere Arbeit. Die Jugendkongresse befaßte sich mit besonderem Nachdruck zum Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus im Sinne der Stuttgarter Konferenz und stellte sich einmütig auf dem Boden der Schließung der Bremer Konferenz, welche wurde der Anführer an der Internationalen Jugendkongress befaßt. Der wichtige Bescheid, der ebenfalls von Karl Liebknecht angeregt und verurteilt behandelt wurde, war: Am 1. Mai 1916 mit der Propaganda gegen den Krieg offen herauszutreten, durch Aufstellen und Verteilen von Flugblättern. Karl Liebknecht hand bei der Durchführung dieses Beschlusses wiederum an vorderster Stelle.

Die größte Tätigkeit, die er entfaltete, besonders seine in aller Welt unvergängliche Ehre, war die Vorbereitung der revolutionären Arbeiterbewegung der Arbeiterjugend. Am 1. Mai 1916 fanden sie die geeignete Gelegenheit, ihn in seiner Tätigkeit zu unterstützen. In einem Flugblatt der Spartakusgruppe wurde die Arbeiterjugend Berlins aufgefordert, auf dem Rosbacher Platz unter der Parole „Krieg, Freiheit, Frieden“ zu demonstrieren. Tausende Berliner Arbeiter, darunter viele jugendliche Arbeiter, folgten trotz Belagerungszustand und Polizeierreger diesen Ruf. Als die Polizeitruppen begannen, mit den Säulen die Massen auseinanderzubringen, trat Liebknecht, der sich inmitten einer Gruppe von Jugendlichen befand, laut, über den ganzen Platz vernehmbar: „Nehmt mit dem Krieg! Nehmt mit der Freiheit!“ Dieser Ruf griffen die Massen ein und veränderten ihn. Das Hauptwortlaut von dreierlei Reden und Bescheid der Ehrenreihe löste himmlischen Protest, Demonstrationen und Protestkreuz aus.

Bislang hat nur die hürden Revolutionen, stellte er sich erneut an die Spitze der revolutionären Bewegung. In der Spartakusgruppe am 1. Januar 1919 blühte wiederhergestellt war und die sozialdemokratische Regierung nach ihm schied, ließ er den Mut nicht sinken und sagte eine Minute danach, sich in Sicherheit zu bringen. „Spartakus überlegen, o geschickte, die Herren! Spartakus lebt fort, alle!“ war seine Antwort, die anwesend für alle Gehörten wurde. Am 13. Januar 1919 wurde er mit Rosa Luxemburg zusammen mit dem durch die sozialdemokratische Regierung Ebert-Schebmann aufgehobenen Offiziersstandes erwidert.

Karl Liebknecht ist nicht mehr — aber sein Werk lebt, seine Sache hat millionenfache Anhänger. Die Kommunistische Jugendinternationale ist die Erbin der ersten internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen und die Erbin der Traditionen Karl Liebknechts. Bei dem Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet trat französische und deutsche Jugendorganisationen vorzusatzlich und Heften antimilitaristische Plakate die Gruppen zur Unterstützung mit dem deutschen Proletariat aufzurufen. „Der Feind liegt im eigenen Land.“ rief mit Karl Liebknecht die Kommunistische Jugendinternationale. Trotz aller Verfolgungen und Justizverurteilungen setzte sie ihre antimilitaristische Tätigkeit in allen Ländern fort. In Frankreich, wo man neuen die Jugendbewegung aufbaute, trat sie unter Jugendkongressen mutig dem imperialistischen Krieg gegen Marokko und Spanien entgegen. Karl Liebknecht erkannte in der Jugend die hellste und reinste Flamme der Revolution. Millionen junger Arbeiter und Arbeiterinnen auf der ganzen Welt haben sich um das Banner der Kommunistischen Jugendinternationale gefasert, deren Vorbild und Vorkämpfer Karl Liebknecht ist.

Wie lebt ein erwerbsloser Jugendlicher?

Diese Frage macht vor allen denen wenig Sorge, deren Aufgabe es sein mußte, in allererster Linie gemäß der Verfassung des Deutschen Reiches der Jugend den größten Schutz anzubieten zu lassen. Die Auswirkungen der ungesunden Wirtschaftslage sind am schmerzhaftesten die Jugendlichen. Während ein erwachsener Erwerbsloser eine Unterstützung erhält, die nicht zum kargsten Lebensunterhalt ausreicht, sind für die Jugendlichen die deutschen Regierungsstellen der Ansicht, daß ein Jugendlicher überhaupt keine Berechtigung zum Leben mehr hat, aber daß er von der Welt leben könne. Wie sieht die Erwerbslosenfürsorge für die Jugendlichen aus?

1. Jugendliche Erwerbslose bis zu 18 Jahren erhalten überhaupt keine Unterstützung.
2. Jugendliche Erwerbslose über 18 Jahre, selbst wenn deren mehrere in einer Familie vorhanden sind, erhalten keine Unterstützung, wenn der Vater oder ein anderes Familienmitglied ein wohnortliches Einkommen von 32 M. hat.
3. Wo dieses nicht zutrifft, erhält ein jugendlicher Erwerbsloser von 18 bis 21 Jahren die horrenden Summe von 5,00 M.

Das ist in der Praxis die kapitalistische Jugendfürsorge. Auf der einen Seite entläßt man sich über die „Verwahrlosung“, „Verrohung“ und „Unmilitarität“ der Jugend, und tut natürlich auf der anderen Seite nichts zur politischen Erziehung der erwerbslosen Jugend. Dabei weiß jeder, daß das, was das Bismarck-„Bismarckgesetz“ zu nennen beliebt, ja gerade in der ersten Lage der arbeitenden Jugend keine Ursache hat. Wie denkt man sich zum Beispiel, daß ein über 18 Jahre alter Erwerbsloser mit 5,00 M. Unterstützung, wenn er seinen Vater mehr hat, keine Mutter und andere Geschwister erwägt? Sogar wenn wir uns dagegen das niedrigste Maß, was dieses für seine Jugend sorgt, in der Erkenntnis, daß diese die Trägerin der neuen Gesellschaftsordnung ist. Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit unter der Jugend in Sowjet-Rußland wird insbesondere durch die aktive Mitarbeit der Jugendorgane unterstützt. Ein mehr als 100 jugendliche Erwerbslose an einem Ort vorhanden, so werden die Arbeitsämter besondere Bureau zur Vermittlung der Jugendlichen, angegliedert. Der Vorsteher des Bureau wird von den jugendlichen Staatsorganen mit Unterstützung des Kommunistischen Jugendverbandes bestimmt. Die jugendlichen Erwerbslosen erhalten dieselbe Unterstützung wie die Erwachsenen. In größeren Industriestädten sind Heimstätten für die jugendlichen Arbeiter organisiert, wo produktive Arbeit mit kommunikativer Bildungsarbeit verbunden wird und es jedem ermöglicht, sich eine gewisse Ausbildung anzueignen, was keine Unterstützung in der Industrie erforderlich. Das sind die Maßnahmen, welche in Rußland getroffen werden, und es ist besonders zu verstehen, daß durch die Entwicklung der Industrie die Erwerbslosigkeit auch unter der Jugend nachläßt. Durch systematische Heranbildung von qualifizierten Arbeitern in den Betriebs-Behelfenstellen werden immer mehr Jugendliche in der Jugendberufshilfe einberufen.

Die von Rußland zurückgekehrte Jugend-Delegation wird auf dem Jungarbeiterkongress am 24. Januar in Halle von der vorbildlichen Arbeit der Sowjet-Regierung und des kommunistischen Jugendverbandes auch auf diesem Gebiete uns Bericht erteilen. Die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen ist nicht abzuschätzen, da diese bei den Statistiken nicht mit angeführt werden und zum

berie, weil sie keine Unterstützung erhalten, nicht stampfen gehen. Es kann jedoch nach Berechnungen angenommen werden, daß mindestens ein Drittel aller erwerbslosen Jugendlichen sind. Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit der Jugendlichen kann nur gelöst werden in Verbindung mit dem Kampf gegen die Stilllegung der Betriebe und um die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und Gewerkschaften, Einziehung aller Jugendlichen in den Produktionsprozeß. Selbständige Arbeitstätigkeit für die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre und dadurch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Zahlung der Unterstützung auch an die jugendlichen Erwerbslosen. Das sind die Forderungen für die das mittel-deutsche Jungproletariat auf den Plan treten muß. Durch Ein-

## Seute abend 8 Uhr Liebknecht-Lugenburg-Lenin-Gedenkfeier im „Volkspark“, Halle

teilung in die Gewerkschaften muß ein Druck auf die Spitzen der Betriebe ausgeübt werden, die Organisierung der Erwerbslosen in die Hand zu nehmen.

## Der mitteldeutsche Jungarbeiterkongress muß die Jugend gestützt sehen zum Kampf gegen das herrschende Gend.

## Sozialistische Jugendverbände für den Volksentwurf

Die unterzeichneten Verbände, deren Mitglieder den verschiedenen proletarischen Organisationen angehören, protestieren gegen die Pläne einer „Abfindung“ der ehemaligen Fürstenhäuser, nach denen Millionenener auf diese ausgeliefert werden sollten, während das Heer der Erwerbslosen mit Hungergrößen abgefunden wird.

Es fordern von den proletarischen Parteien und Gewerkschaften, daß sie gemeinsam entscheidende Aktionen für die entlassungswillige Entzweiung der früheren Fürstenhäuser und die Verwendung der dadurch frei werdenden Gelder für produktive Erwerbslosenfürsorge, besonders für die Erneuerung der Betriebe und Durchführung sonstiger Maßnahmen in den Arbeitsvermittlungsgeländen, gemäß den Vorschlägen der AFD, im Reichlichen Landtag durchzuführen. Insbesondere erwarten sie die sofortige Annahme der Vorberichtigungen zur Verbesserung eines Volksentwurfes und verpflichten sich, alles zur Durchführung desselben mitzuwirken.

- Frei proletarisches Jugendforum Berlin.
- Sau Berlin-Brandenburg der freien sozialistischen Jugend (Landfahrer, Orben junger Menschen, Freie Arbeiterjugend, Freie proletarische Jugend).
- Sau Brandenburg der Wanderschlachten.
- Sozialistische Jugend Berlin.
- Ring der revolutionären Jugend.
- J. A. D. Dresdener.

## Aus unserer Bewegung

### Die jugendlichen Arbeiter in der Massen-demonstration von Jeltz

Am 10. Januar demonstrierte die gesamte Arbeiterkraft von Jeltz und Umgebung für den Volksentwurf gegen die Abfindung der ehemaligen feudalen Fürsten. Viele Tausende waren beim Ruf der proletarischen Parteien, der Gewerkschaften und Sportorganisationen gefolgt.

Auch die proletarischen Jugendorganisationen beteiligten sich an der Kundgebung. Dies war das erste Mal, daß sich die Sozialistische Arbeiter-Jugend mit der kommunistischen Jugend zum gemeinsamen Handeln vereinigte. Gemeinsam demonstrierten beide Organisationen gegen die Fürstenabfindung für die belandeten wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Jungproletariat. Am Jeltz wurden Schläger mitgeführt mit den Parolen: „Nehmt mit der Bekleidungsindustrie der Unternehmer. Für ansehnlichen Jugendlohn und Jugendlohn. Verteilung der Schuldzeit in die Arbeitszeit. Bezahlung der Schulstunden um.“

Die proletarische Jugend hat erkannt, daß es für die gesamte Arbeiterkraft zur dringenden Notwendigkeit wird, die Einheitsfront des Kapitals endlich die des Halbenbezüglichen Proletariats entgegenzusetzen.

Die SAJ von Jeltz wird auch künftig bestehen müssen, daß es ihr mit der Herstellung dieser Einheitsfront möglich wird. Die Aufgabe der Jungarbeiter-Delegation von Sowjet-Rußland bietet die praktische Gelegenheit, ihren Willen zum gemeinsamen Handeln auch fernerhin zu bekräftigen. Das örtliche Einheitskomitee für Rußland-Delegationen in Jeltz hat sich in einem Schreiben an alle proletarischen Jugendorganisationen gewandt und zur Beteiligung an einer öffentlichen Versammlung aufgefordert.

Der Genosse Jungmann-Weißensee, Mitglied der SAJ, wird über die Lage der arbeitenden Jugend Sowjet-Rußlands berichten. Die Versammlung findet statt am

Freitag, dem 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Jugendheim“ Jeltz

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen, gestaltet diese Versammlung zu einer mächtigen Einheitsfront-Kundgebung.

### Rußland-Berichterstattung

Am Mittwoch, dem 13. Januar, fand in Lützen ein vom „Einheitskomitee für Jugend-Delegation“ angelegte öffentliche Jugendversammlung statt. Der Jugenddelegierte Schmitt aus Halle leitete über 100 Jugendlichen seine Erlaubnis und Einberufung in Sowjet-Rußland. Besonders freute er die Tätigkeit des russischen kommunistischen Jugendverbandes auf dem Gebiete des Jugendlohnens, der Erziehung und Bildung der Jugendlichen. Außerst wichtig und beifällig wurden seine Ausführungen aufgenommen. Am Ende der Versammlung wurden zwei Delegierte zum Jungarbeiterkongress nach Halle gewählt.

Auch in einer Jugend-Gesellschaftsversammlung der Firma Besthoff, Halle, wo der Rußland-Delegierte Schmitt sprach, wurde zum Jungarbeiterkongress Stellung genommen und ein Delegierter gewählt.

Jungarbeiter! Eiert diesen Beispielen nach, in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, wählt Delegierte zum Jungarbeiterkongress!

### Wahl eines Delegierten in Keldra zum Jungarbeiterkongress am 24. Januar in Halle

Eine am 16. Januar stattgehabene öffentliche Jugendversammlung in Keldra, einberufen vom Ortsausgang des WDB, nahm nach Entgegennahme des Berichtes des Jungarbeiterdelegierten nach Rußland, Jungmann (SAJ), Weisensee, über die Lage der arbeitenden Jugend in Sowjet-Rußland folgende Resolution einstimmig an.

Die am 16. Januar 1923 von Gewerkschaftsrat einberufene öffentliche Jugendversammlung einberufen nach Entgegennahme eines Berichtes über die Lage der russischen Jungarbeiter eines Delegierten zum Jungarbeiterkongress am 24. Januar nach Halle und fordert alle Jugendlichen Mitteldeutschlands an, ebenfalls Delegierte zum Jungarbeiterkongress zu entsenden.

### Amundorfer Papierfabrik (Jungarbeiterkorrespondenz)

In dieser Fabrik gibt es den „Schichtentag“ noch, wie sich dieser aber aus? Überstunden und Sonntagsstunden werden geschoben, das es nur so frucht! Heute leben wir noch einmal davon ab, den Amundorfer Arbeitern die Namen der größten Lebenslöhner mitzutellen, aber ändert sich dies nicht, werden wir die zehnfache Lohnempfänger.

Bei einiger Zeit wurden trotz dieser Überstundenübersteherei und Sonntagsarbeit keine Anzahl Jungarbeiter entlassen. Begründung: „Arbeitsmangel.“ Das Karöse aber ist, daß am Leinwand des Betriebes ein Schild prangt:

„Junge Arbeiter (16 bis 17 Jahre) werden eingestellt.“

Könnte man uns vielleicht mitteilen, warum diese Maßnahmen getroffen wurden? Wir werden wohl vergeblich darauf warten, denn wir wissen es wohl. Aber von den Arbeitern rufen wir zu: Er kennt endlich eure Handlungsweise und lehnt die Überstunden ab. Es kann auch einmal die Zeit kommen, daß man Euch nicht mehr braucht, und dann heißt es für Euch genau so wie für die anderen: Der Mord kann gehen, er hat keine Schuldigkeit getan! Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, das muß auch heute noch die Parole der Arbeiterkraft sein. Denn auch die Jugendlichen werden von der Arbeitslosigkeit hart getroffen.

## Am 24. Januar Jungarbeiter-Kongress in Halle, wählt rechtzeitig Delegierte

# R.P.D.

**Beisetzungsliste für Halle-Merseburg**  
 Bureau a. Halle, Vertriebsstelle 14, Fernruf 1774 - Vertriebsstellen Leipzig 17001.  
 Sitz: Sämtliche Verkehrs-Strassen. Geöffnet: Täglich 8 bis 6 Uhr. Sonntags abends nachmittags geschlossen.

# R.P.D.

**Unterbezirk Halle-Gauleiter. Christliches Telefonamt 527**

**Unterbezirk Halle-Gauleiter**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# R.P.D.

**Unterbezirk Halle-Gauleiter**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# Beisetzungsliste für Halle-Merseburg

**Beisetzungsliste für Halle-Merseburg**  
 Bureau a. Halle, Vertriebsstelle 14, Fernruf 1774 - Vertriebsstellen Leipzig 17001.  
 Sitz: Sämtliche Verkehrs-Strassen. Geöffnet: Täglich 8 bis 6 Uhr. Sonntags abends nachmittags geschlossen.

# Unterbezirk Halle-Gauleiter

**Unterbezirk Halle-Gauleiter**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# Unterbezirk Halle-Gauleiter

**Unterbezirk Halle-Gauleiter**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# „Roter Frontkämpfer-Bund“

**„Roter Frontkämpfer-Bund“**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# „Roter Frontkämpfer-Bund“

**„Roter Frontkämpfer-Bund“**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# „Roter Frontkämpfer-Bund“

**„Roter Frontkämpfer-Bund“**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# „Roter Frontkämpfer-Bund“

**„Roter Frontkämpfer-Bund“**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# „Roter Frontkämpfer-Bund“

**„Roter Frontkämpfer-Bund“**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# „Roter Frontkämpfer-Bund“

**„Roter Frontkämpfer-Bund“**  
 Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Dienstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Mittwoch, 22. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Donnerstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Freitag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".  
 Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im "Kampfbüro" Mitgliederversammlung. Referent von der R.P.D. im "Kampfbüro".

# Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inferenten

**hauswirtschaftl. Warenwaren**  
 sowie sämtliche **Kolonialwaren**  
 kaufen Sie billigst bei  
**J. Wehelt, Weißenfels**  
 Zeilber Straße 29

**Gasthof „Roter Löwe“**  
 Weißweins  
 Stadtbekanntes Küche  
 Gutsgepflegte Biere  
 Eigene Schlichtungen

**Mücheln**  
**Agnes Drewes**  
 Spezial-Handschuhe  
 mit dehnbarem Saum  
 empfiehlt in größter Auswahl  
 Kosmetische u. Toilette-  
 Artikel, Parfümerien und  
 Seifen, Putzmittel und  
 Schuhschuhe usw. p. T.  
 unter Tage-preis  
 Groß, Umlauf  
 u. Abzug

Empfehle mein reichhaltiges Lager in  
 Hüten, Mägen,  
 Hoheitsmägen, Regen-  
 mägen, Stoff- und  
 Lederhandschuhen,  
 Damen-Strümpfen,  
 und Herren-Socken  
 sämtl. Herrenwäsche  
 usw.  
 zu billigen Preisen  
**Erich Hirsch**  
 Weißenfels-Neufeld

**Kauft bei Förderung**  
 Zeit, Neumarkt  
 Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche  
 Auffallend billige Preise

**M. Hart & Co.**  
 Neumarkt 10 Zeit Neumarkt 10  
 Manufaktur- u. Modewaren :: Wäsche  
 Damen- u. Herren-Konfektion :: Arbeiter-Garderobe  
 Große Auswahl! Billige Preise!

Empfehle meine prima  
 hauswirtschaftlichen  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**Bennerts Fleischererei**  
 Weißenfels, Rudolfsstraße 4  
 und wartend

**Fahreräder, Nähmaschinen**  
 Sprechapparate, Schallplatten  
 nur die besten Fabrikate  
 in außerordentlich billigen Preisen  
**Fr. B. Weiss**  
 Wittenberg, Markt 5  
 Zichornweg, Kolonie

**Für den Winter!**  
**Wollwaren**  
 Leinwand, Strümpfe  
 Sandhüde  
 Großes Lager. So die Preise  
**C. Runtz Nachf.**  
 Herrn. Müller & Sohn  
 Bitterfeld

**Kaufen Sie**  
**Strümpfe**  
 nur bei  
**Strumpf-Wöhl**  
 Zeit Neumarktstraße

**Fahreräder**  
 Erzielte  
 Reparaturen jed. Art  
 Emaille- und Metallarbeiten  
**Rud. Gundlach**  
 Weißenfels  
 Loewenberger Straße 1

**Weißenfels**  
 „Zur Weite“  
 Unterhaltungsmusik

**„Stadt Leipzig“ Merseburg**  
 Neumarkt 46 Neumarkt 46  
 Täglich teatralen preiswerten  
 Mittagstisch im Abonnement  
 sowie gut applizierte Gerichte  
 Ihre eigene Zubereitung bietet May Fleischert

**Bitterfeld Bitterfeld**  
**Gesellschaftshaus**  
 Jed. Sonntag u. Sonntag  
**Großer Ball**  
 bei nur gutem eigenem Orchester  
 (Inhalt aller Artikel und Artikel-Sportartikel)

**Felle** aller Art, auch  
 Schafwolle  
 Leipziger Felleinlaufsentrale  
 Zeilber, Hofmarkt 14, Einr. 14  
 Lebensmittel, hauswirtschaftliche  
 Warenwaren, Leinwand, Seife,  
 Pfeffer und Salzungen  
**W. G. Gutzjahr, Zeit**  
 Schönefeldstraße 15

**Auf Teilzahlung**  
 bei jeder Annahme des Gegen-  
 standes erhalten Sie  
 sämtl. Damen- u. Herren-Garderobe  
 Bekleidungs- und Schuhwaren  
 sowie Schmuck, I. ed. Ausstattungen  
 Zeitler Manufakturwaren - Kreditbank  
 Hofmarkt 8, 9, 10  
 (Hotel Perle) Zeit  
 Runder, bei ihr Konto be-  
 zugslos haben, brauchen keine  
 Anzahlung zu leisten

**ff. Fleisch- u. Wurstwaren**  
 empfiehlt  
**L. Bogner**  
 Hund- und  
 Schweißschere  
 Weißenfels  
 Wertheimer Str. 22

**J. Israel, Wittenberg**  
 Collegienstraße 6  
 wie bekannt zu billigen Preisen  
 Herren- und  
 Anhangende-  
 rosen und  
 Arbeits-  
 kleidung

**Paul Winter, Wittenberg**  
 Collegienstraße 71, Fernruf 1228  
 Spezialgeschäft für alle  
 Offenbacher Lederwaren  
 eigene Anfertigung von  
 Stummeln, Hüfttaschen,  
 Schultaschen, Ledertaschen,  
 Manteltaschen, Mantel-  
 taschen, Sporttaschen,  
 sämtliche Reparaturen  
 in rein selbst. ausgeführt

**hauswirtschaftl. Wurstwaren**  
 empfiehlt  
**Franz Körner, Fleischermeister**  
 Weißenfels, Rudolfsstraße 5

**Mäntel-Meyer**  
 Bitterfeld, Kirchstraße 10  
 hat stets die größte  
 Auswahl in:  
 Damen-Bekleidung

**Teilzahlung!** bei sofortiger Aus-  
 lieferung d. Ware  
 Herren- und Damen-Konfektion  
 sowie Wäsche aller Art kaufen Sie am  
 vornehmlichsten bei  
**Rich. During, Zeit**  
 Rein Laden! Mittelstraße 6 Rein Laden!

**Richard Hirschfeldt**  
 Wittenberg  
 Herren- u. Knaben  
 Modewaren  
 Collegienstraße 22 und  
 Mittelstraße 56

**Da Fabrik-**  
 Niederlagen, kaufen Sie  
 Wöhl mit Teilzahlung  
 billigst und gut  
 Vertreter **Th. Janosch**  
 Zeit, Jüdenstraße 2

**Richard Hirschfeldt**  
 Wittenberg  
 Herren- u. Knaben  
 Modewaren  
 Collegienstraße 22 und  
 Mittelstraße 56

**Da Fabrik-**  
 Niederlagen, kaufen Sie  
 Wöhl mit Teilzahlung  
 billigst und gut  
 Vertreter **Th. Janosch**  
 Zeit, Jüdenstraße 2

**Franz Romig & Söhne**  
 Kemberg Plosteritz  
 Hausgeräte, Geschenk-  
 artikel, Fahrräder  
 Reparaturwerkstatt

**Luisen-Bad**  
 Weißenfels  
 Geöffnet von 8-8 Uhr

**Bitterfeld**  
 Central-Fleischhalle  
 (Sonn. geöf.)  
 Täglich  
 pa. Gef.-Schneidefleisch  
 pa. Schweinefleisch  
 sowie alle Sorten Wurst  
 in nur gut u. Qualität,  
 zu äußerst. Tage-preisen

**Schuhwaren-Lager**  
**Liesbeth Wöhl**  
 Bitterfeld, Rudolfsstraße  
 empfiehlt in reichhaltiger  
 Auswahl zu billigen  
 Preisen, auch auf Teilzahlung  
**Schuhwaren**  
 Eigene Maß-  
 und Reparatur-  
 Werkstatt  
**Wittens Gütter**  
 Bitterfeld  
 Rudolfsstraße 26

**Schuhwaren-Lager**  
**Liesbeth Wöhl**  
 Bitterfeld, Rudolfsstraße  
 empfiehlt in reichhaltiger  
 Auswahl zu billigen  
 Preisen, auch auf Teilzahlung  
**Schuhwaren**  
 Eigene Maß-  
 und Reparatur-  
 Werkstatt  
**Wittens Gütter**  
 Bitterfeld  
 Rudolfsstraße 26

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



# Flottenkommando

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Das „Flottenkommando“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis: monatlich 2,20 Mark, vierteljährlich 6,00 Mark, halbjährlich 11,00 Mark, jährlich 20,00 Mark. Adress: Halle-Merseburg, Postfach 14.

Einzelnummer 15 Gelddarstellung 10. Abnehmerpreis 100.000. Adress: Halle-Merseburg, Postfach 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 19. Januar 1926

6. Jahrgang Nr. 15

## Das Volksbegehren eingeleitet

**KPD. nach wie vor bereit zum einheitlichen Vorgehen mit SPD. und UGB., aber nur auf der Grundlage entzückungsloser Fürsteneinteilung**

**Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens überreicht**

Berlin, 19. Januar.

Vom Ausschuss für entzückungslose Einteilung der Fürsten wird uns mitgeteilt:

Am heutigen Nachmittag sprachen für den Ausschuss für Durchführung des Volksbegehrens der Vertreter der KPD, der Deutschen Liga für Menschenrechte, des Reichsbundes deutscher Kleinbauern, des KZV, der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit sowie der Internationalen Arbeiter-Sippe beim zuständigen Referat im Reichsministerium des Innern, Geheimrat Reiffenberg, vor. Sie überreichten dem Ministerium den Zulassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für völlige Entzückung der Fürsten und legten einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Gleichzeitig übergaben sie dem Ministerium die beglaubigten Unterschriften von über 9000 Wahlberechtigten aus verschiedenen Stadtteilen Neuhöllms. Weitere Listen mit über 20 000 Unterschriften liegen zur Befestigung dem Wahlamt in Neuhöllms vor. Die Vertreter der antragstellenden Organisationen forderten im Ministerium zum Ausdruck, daß ihnen an einer möglichst beschleunigten Einleitung des Volksbegehrens gelegen sei. Die fürstliche Kritik wüßte die Einreichung des Antrages auf Einleitung des Volksbegehrens und Auslegung der Einzeichnungslisten bei den Gemeinden beträgt 14 Tage.

(Eig. Drahtf.) Berlin, 19. Januar.

Das Volks-Bureau des KZV, der KPD, veröffentlicht unter dem Titel „Keine Durchkreuzung“ einen Artikel zur heutigen Tagung des Parteiausschusses der SPD in der „Roten Fahne“. In diesem heißt es u. a.: „Die kommunistische Partei erklärt aber auch gleichzeitig, daß sie jederzeit bereit ist, mit der SPD über eine gemeinsame Aktion zu verhandeln und auch einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Volksentscheidung einzubringen. Nur eine Verbindung muß eingeleitet werden.“

Niemals kann die Arbeiterklasse ihre Hand dazu geben, den davongelaufenen Fürsten auch nur ein Weniges zu dem bereits geflohenen und ins Ausland geflüchten Gut zu sichern. Jede Partei, die das tut, ist nicht Vertreterin der Werktätigen, sondern ein Anwalt der Fürsten.

Als eine Verständigung über diese Frage im Sinne der entzückungslosen Einteilung getroffen ist, bleibt der von der KPD, und den anderen Organisationen bereits eingebrachte Gesetzentwurf bestehen.“

Seit Monaten ist die Frage der entzückungslosen Einteilung der Fürsten ins Rollen gekommen. Seit Wochen hat sich der Ausschuss für den Volksentscheid für entzückungslose Einteilung der Fürsten gebildet, dem außer der KPD, eine ganze Reihe namhafter Organisationen, vor allem Arbeiterorganisationen, die mit der KPD, nichts zu tun haben, beigetreten sind. Kein Mittel ist unversucht geblieben worden, um das Reichsbanner, wie die SPD, um den UGB, mit zu bewegen, sich an diesem vorbereitenden Ausschuss zu beteiligen. Jedes Angebot wurde höflich abgelehnt. Der Ausschuss mußte handeln, wollte er nicht unter den Schlitzen kommen. Der Gesetzentwurf auf entzückungslose Einteilung der Fürsten ist dem Reichsinnenministerium eingebracht worden und damit ist die erste Phase des Volksentwurfs beendet. Das Vergehen unserer Partei, das Vorliegen des Ausschusses für die entzückungslose Einteilung der Fürsten hat im gesamten Reich den größten Widerhall gefunden. Ein großer Teil der Provinzialpresse der SPD, hat sich den Forderungen des Ausschusses angeschlossen und gleichfalls der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter Rechnung tragend, gefordert, daß durch Volksentscheid eine entzückungslose Einteilung der Fürsten durchgeführt würde.

Der SPD-Vorstand ist jetzt plötzlich auch für den Volksentscheid. Aber — und das ist der Kernpunkt — er tritt dafür ein, daß den Fürsten eine Rente gegeben wird. Jeder Mensch weiß, daß die davongelaufenen Fürsten ihre ausländischen Vermögensgegenstände nicht durch eine entzückungslose Einteilung dieser ausländischen Vermögensgegenstände beschlagnahmt werden können, daß also die Fürsten, selbst wenn ihnen durch die entzückungslose Einteilung alle deutsche Vermögensgegenstände genommen wird, sie selber immer noch sehr vermögand und reich sein werden. Trotzdem tritt die SPD, dafür ein, daß den Fürsten dazu noch eine Rente gewährt werden soll. — Mit einer Heuchelei, sonstergleichen beifolgt der gestrige „Vorwärts“ die KPD, der Quertreiberei und er schreibt:

„Wahrscheinlich ist die KPD, der Sache an... Dabei dachte sie keinen Augenblick an den jadisigen Erfolg. Wenn es ihr ge-

lang, sich einem gedankelosen Publikum (also das sind die SPD- und UGB.) als besonders eifrig vorzukämpfen gegen die Fürsten zu empfehlen, und die Sozialdemokraten als Fürstentrotz zu entlarven, so hätte sie alles, was sie brauchte.“

So und ähnlich geht das geradezu dumme Geschwafel weiter. Wir brauchen uns nicht gegen Vorwürfe wegen Gebots- und Quertreiberei zu verteidigen.

Jeder Mensch weiß, was in dieser Frage die Quertreiber und Saboteure sind. Nicht die SPD, sondern die KPD, hat die Initiative in dieser Frage ergriffen, und die SPD, kommt fünf Minuten nach 12, nachdem man sie tausendmal in dieser Frage informiert und sie um ihre Mitwirkung gebeten hat. Gegenüber diesen Quertreibern und Saboteuren stehen die „Vorwärts“ nicht angetan ab, die Haltung der „Reisiger Volkszeitung“ zu getieren. Sie schreibt:

Wenn der Volksentscheid irgendwie Aussicht auf Erfolg haben soll, dann gilt als erste Voraussetzung, daß nur ein Antrag oder Gesetzentwurf zur Abstimmung gelangt. In Berlin hat sich nun ein Antrag auf Durchführung des Volksentwurfs gebildet, der unter der Leitung des Reichsausschusses der Arbeiterpartei steht. Die KPD hat sich neben der kommunistischen Partei eine Anzahl anderer kleinerer Organisationen angeschlossen. Er überreichte am 16. Januar der gesamten Presse einen Entwurf über ein Gesetz zur Einleitung der Fürsteneinteilung, der zum Gegenstand des Volksentwurfs gemacht werden soll. Wir ehren die Initiative, die von diesen Kreisen entfaltet wurde und hätten gern gewiß, daß sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand selber einbringen hätte. Trotzdem muß im Interesse des Volkswillens dieser Aktion gefordert werden, daß eine Verständigung zustande kommt. Jede Organisation, die das größte Interesse daran, daß diese Stimmen verflüssigt werden. Wir hoffen demzufolge, daß die erforderliche Verständigung so wohl über den Gegenstand, als auch über die Aktion der Volksentscheidung zustande kommt.

Wir sind durchaus mit der „Reisiger Volkszeitung“ einverstanden. Wir möchten auch fernerhin in dieser Frage mit der „Reisiger Volkszeitung“ einverstanden sein, wenn sie in ihrer Partei darauf hinwirkt, daß die SPD, keinen weichen Gesetzentwurf einbringt. Die an der Spitze stehende Meinung besagt deutlich, wie die Stellung des Ausschusses in der Frage der entzückungslosen Einteilung der Fürsten denkt und handeln wird, und bis zu welchem Grade die sozialdemokratischen Kreise zu verhindern anstreben durch einen Verstandlichen Verhandlungen gezeichneten Fortschritt, nicht einmündig die Entzückung des ganzen

### Entzückungslose Einteilung der Fürsten

Die KPD hat sich für die Entzückungslose Einteilung der Fürsten eingesetzt. Sie hat den Ausschuss für die Entzückungslose Einteilung der Fürsten gebildet, der dem Reichsministerium des Innern den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens überreicht hat. Die KPD hat sich für die Entzückungslose Einteilung der Fürsten eingesetzt. Sie hat den Ausschuss für die Entzückungslose Einteilung der Fürsten gebildet, der dem Reichsministerium des Innern den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens überreicht hat.

Die KPD hat sich für die Entzückungslose Einteilung der Fürsten eingesetzt. Sie hat den Ausschuss für die Entzückungslose Einteilung der Fürsten gebildet, der dem Reichsministerium des Innern den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens überreicht hat.

## Rationalisierung der Industrie

Wir dürfen uns aber durch die Erklärung (geringfügige abnehmende Beschäftigung in der Handelsbilanz) nicht an der Ansicht verstellen lassen, daß die Gesamtlage einer Besserung entgegengeht. Die Schwierigkeiten werden nicht so bald abnehmen... Wie konnte selbstverständlich weitergehend an einer starken Vermehrung der Arbeitslosigkeit nicht vorbeugen? (Aus der jüngst veröffentlichten Programmatische des Reichsbundes der Deutschen Arbeiterpartei)

Sogar nach Meinung der deutschen Großindustriellen werden die Massenarbeitslosigkeit, die Betriebs- und Produktionsstillstellungen, notwendig dauerhafte Erscheinungen des deutschen Kapitalismus sein, während der nächsten Monate sich eher noch verstärken als abnehmen. Das ist ein Programmpunkt in jener Schrift des Industriellenverbands, der nicht mehr eine Forderung ist, sondern nur ausspricht, was jetzt bereits das deutsche Großkapital durchgeführte Gegenüber fordern die Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführer stärkere Rationalisierung der Produktion, um dadurch die Krisenercheinungen des deutschen Kapitalismus überwinden zu können. Diese „Rationalisierung“, von den Industriellen durchgeführt, geht nicht nur völlig auf Kosten der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeit um), sie kann auch die Krisenercheinungen des deutschen Kapitalismus nicht beseitigen, was von den Industriellen selbst in ihrer Programmschrift richtig dargelegt wird.

### Die Rationalisierungsabsichten der Großindustriellen

Die Kapitalnot und Absatznot in den meisten Industrien Deutschlands treiben die Industriellen an, ihre gestiegenen Produktionen durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die den Industriellen die notwendige Arbeitsleistung, höhere Arbeitsintensität usw. wie auch durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Das soll durch die Rationalisierung der Produktion erreicht werden. Es bedeutet bessere Organisation und Technik (das laufende Band, Arbeitsorganisation, verstärkte Anwendung von Maschinen, usw.). Durch diese Rationalisierung sollen die Produktionskosten gesenkt werden, um so, auch bei eventuellen Preisveränderungen, die Profite zu erhöhen.

Eine derartige Rationalisierung der kapitalistischen Produktion führt nicht zu einer Beseitigung der Krisenercheinungen. Denn die Rationalisierung — macht die alten, bisher angewandten Maschinen und Produktionsanlagen wertlos, entwertet sie. In gemäßigtem Ausmaß trifft dies z. B. auf den Ruhrbergbau zu. Die zunehmende Umstellung des Kraftwerks auf elektrische Kraftwerke, die auch deren zahlreichere Auswertung, senkt den Wert der Steinkohle, schränkt die Profite der Kohlenindustriellen ein. Statt die Förderungsmaßnahmen zu heben, schränken die Industriellen die Förderung ein, entlassen über 70 000 Bergarbeiter. Die hilfslosen Arbeiter, die auf die Straße geworfen Arbeiter sind die Opfer dieser „Rationalisierung“ (meist für die Betriebe des Ruhrbergbaus noch andere Ursachen mitzählen).

Die Rationalisierungsversuche in fast sämtlichen Industrien Deutschlands bedeuten zahlreiche Stilllegungen, veralteter, von der Entwicklung überholter Betriebe, gewaltige Kapitalinvestitionen in fast sämtlichen Industrien, gesteigerte Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiterklasse.

Wenn lediglich diese Rationalisierungsversuche die einzige Krisenercheinungen herbeiführen könnten, so wäre die heutige Krise tatsächlich eine „Geburtsstunde“ für den deutschen Kapitalismus. Das Ergebnis wäre eine erhebliche Senkung der Produktionskosten, verstärkte Konkurrenzfähigkeit und damit gesteigerte Profite, der Antrieb für neue Ausbeutung der Produktion und eine aufsteigende Konjunktur. Die heutigen Krisenercheinungen sind aber nicht eine Folge der Rationalisierungsversuche, sondern eine Folge der Krisenercheinungen, die durch die Rationalisierung eingeleitet. Dies beweist schon, daß die inneren Krisenercheinungen auf andere Ursachen beruhen: Mangel an Geldkapital, Kreditverknappung, verringerte Absatzmöglichkeiten, vor allem verringerte Exportmöglichkeiten und die Dames-Schwerbelastung.

### Gegensatz der Rationalisierung

Zu der Umstellung der Industrie auf rationalere Produktionsmethoden sind noch, jedoch nicht vorhandene Kapitalien nötig. Die Rationalisierung ist in erster Linie eine Geldfrage. Die Rationalisierung, stellt der Reichsverband der Deutschen Arbeiterpartei fest. Deswegen der Scheitern nach den Auslandsverträgen. Es sind auch bereits rund 5 Milliarden G.M. Auslandsverträge, vor allem aus Amerika, herbeigeholt. Das sind rund 30 Prozent des deutschen Exportes in der Vorkriegszeit. Neue Auslandsverträge sind erforderlich, um die Rationalisierung zu ermöglichen, als die Exportkapitalien in der Vorkriegszeit erzielten; mindestens rund 40 bis 500 Millionen G.M. jährlich für die heutige Verhältnisse. Schon die hohen Zinssätze schränken die Ausfuhrmöglichkeiten vor Auslandsverträgen ein.

Vor allem aber wird die Kreditaufnahmefähigkeit der deutschen Industriellen durch die Kapitalnot eingeschränkt. Diese ist nicht nur eine Folge der Kreditnot, sondern auch eine Folge des eingeschmälerten Inlands- und Auslandsabzuges, die erst durch die Rationalisierungsmöglichkeiten bedingt. Die Industriellen fordern, daß hoher Profite und Kapitalgewinn im Inlande den Export durch niedrige Dumpingpreise heiliger zu können. Der im Verhältnis zum Vorkriegsstand erhöhte Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln, die gewaltigen Zahlungsmittelverpflichtungen an das Auslandskapital, machen eine Steigerung des Exportes um mindestens 50 bis 70 Prozent über dem Vorkriegsstand notwendig. Im November dieses Jahres

